

Umständen kaum die Rede sein. Es ist natürlich nicht zu vermeiden, daß bei sommerlichen Übungen da und dort ein schwächerer Mann schlapp wird, ja auch einen gelegentlichen vereinzelt Hitzschlag wird man als unvermeidliche Nebenerscheinung des Kriegsspiels im Frieden hinnehmen müssen. Wo aber die Leute fallen wie die Fliegen, wo Massenerkrankungen, Massentodesfälle auftreten, da wird bis zum frischen Beweise des Gegenteils der Verdacht bestehen bleiben, daß ein gefährliches Spiel mit Menschenleben getrieben worden ist.

Die Verteidiger des Militarismus werden natürlich wieder sagen, daß die Ausbildung für den Kriegsfall nicht möglich sei, wenn den Soldaten nicht die Gewöhnung an kriegerische Strapazen beigebracht würde. Mit derselben Logik könnte man ja die Leute auch im Frieden ins Maschinen-gewehrfeuer und in Schießdrachthäuser hineintreiben, damit sie sich rechtzeitig an die Annehmlichkeiten der modernen Kriegführung gewöhnen lernen.

Menschenleben sind vernichtet worden. Eine gründliche Untersuchung der Umstände, die zu ihrem Tode geführt haben und eine strenge Verurteilung der Schuldigen muß mit der schärfsten Entschiedenheit gefordert werden. Darüber hinaus wird sich eine allgemeine Systemänderung schon dadurch notwendig machen, daß von diesem Herbst ab die Rekrutenzahl erhöht und der durchschnittliche Grad der Tauglichkeit herabgesetzt werden soll. Sonst könnten „bedauerliche Einzelfälle“ wie der von Trys vom nächsten Jahre ab zur ständigen Erscheinung werden.

Fideikommissionen in Preußen.

Nahzu 7 Prozent der gesamten Bodenfläche des preussischen Staates sind fideikommissarisch gebunden. Besonders in den letzten Jahren haben die Fideikommissionen außerordentlich zugenommen. Von 1890 bis 1900 sind 118 neue Fideikommissionen gegründet worden, also im Durchschnitt jährlich mehr als 11. 1906, als die Wirkung der erhöhten Getreibeizölle einsetzte, nahm die Fideikommissionbildung einen fast doppelten Umfang an; 1906 wurden 23, 1907 16, 1908 19, 1909 25 und 1910 17 Fideikommissionen neu begründet. Es wurden also seit 1906, das heißt unter den erhöhten Getreibeizöllen, jährlich 20 neue Fideikommissionen gegründet, während es in der Ära Caprivi nur jährlich 11,6 waren. Aus dem amtlichen Bericht über das Jahr 1910 sei folgendes wiedergegeben:

Am Ende des Jahres 1910 waren in Preußen 2.401.737 Hektar oder 6,89 Prozent des Gesamtumfangs des Staates fideikommissarisch gebunden. Von den 17 neu errichteten Fideikommissionen liegen vier im Regierungsbezirk Oppeln, drei im Bezirk Breslau, je zwei in den Bezirken Frankfurt a. O. und Marienwerder und je einer in den Bezirken Königsberg, Danzig, Bromberg, Pommern, Münster und Kassel. Die neu errichteten Fideikommissionen haben eine Gesamtfläche von 22.929 Hektar; außerdem wurden in demselben Jahre noch den bereits bestehenden Fideikommissionen durch Erweiterung eine Fläche von 2670 Hektar angeschlossen, so daß für das Jahr 1910 ein Gesamtzuwachs von 24.999 Hektar vorliegt. Aufgelöst wurden zwei Fideikommissionen mit zusammen 1127 Hektar Fläche und abgelöst durch Verkleinerung von bestehenden Fideikommissionen 1676 Hektar, so daß also ein Gesamtzuwachs von 2803 Hektar vorliegt. Es betrug somit der Mehrzuwachs an Fideikommissionen 16 und an Fideikommissionsfläche 22.189 Hektar. Auf die Gesamtfläche des preussischen Staates berechnet, betrug der Mehrzuwachs an Fideikommissionsfläche 0,07 Prozent.

Den größten Zuwachs an Fideikommissionsfläche weist die Provinz Schlesien mit 9123 Hektar auf; es folgen dann in wachsender Abnahme Westpreußen mit 4732 Hektar und Hannover mit 2768 Hektar. Drei Provinzen haben dagegen einen Mehrabgang von Fideikommissionsfläche zu verzeichnen, nämlich Pommern mit 990 Hektar, Schleswig-Holstein mit 372 Hektar und Sachsen mit 41 Hektar. Bezüglich der Verteilung der Fideikommissionsfläche steht die Provinz Schlesien mit 16,94 Prozent weit über dem Staatsdurchschnitt von 6,89 Prozent. Die größte Ausbehnung der Fideikommissionsfläche findet man in den Regierungsbezirken Oppeln mit 21,6 Prozent und Straßburg mit 21,1, wo sie also mehr als ein Fünftel der gesamten Oberfläche beträgt und den Staatsdurchschnitt um mehr als das Dreifache übersteigt. Am wenigsten ist der Grund und Boden in den Provinzen Hannover mit 2,11 Prozent und Rheinland mit 2,92 Prozent fideikommissarisch gebunden.

Im Berichtsjahre 1910 waren von dem fideikommissarisch gebundenen Besitz im Staate 46,8 Prozent baldsächig. Nach Regierungsbezirken ist die Fideikommissionsfläche am größten

in den Regierungsbezirken Trier mit 78 Prozent und Aachen mit 76,7 Prozent, während sie in den Bezirken Köln nur 8,4, Straßburg 18,7 und Schleswig 19,9 des gesamten fideikommissarisch gebundenen Besitzes beträgt.

Die stetig steigende Zunahme der Fideikommissionen ist der beste Beweis, wie die Landwirtschaft unter der agrarischen Schutzpolitik leidet. Es gibt jetzt keine bessere Kapitalanlage, als große Laifundien, für die der Staat durch seine Agrarpolitik die Rentabilität sichert.

Strigender Kapitalbedarf der Erwerbsgesellschaften.

Der starke Rückgang der gewerblichen Unternehmungslust in den ersten vier Monaten dieses Jahres gab zu ernstlichen Bedenken Anlaß. Denn, wenn die Neuinvestitionen sich beträchtlich verringern, so wird dadurch die gesamte Kapitalzirkulation wesentlich gehemmt und die Arbeitslosigkeit der wichtigeren Industrien erheblich geschmälert. Es ist deshalb bemerkenswert, daß trotz aller Krisengerüchte und trotz der hohen Anspannung des Geldmarktes die gewerbliche Unternehmungslust im letzten Monat eine Belebung erfahren hat. Diese Tatsache beweist, daß in der Industrie ein starker Kapitalbedarf vorhanden ist und daß derselbe bisher nur mit Rücksicht auf die unsichere politische Lage zurückgehalten wurde. Die Konsequenzen, die sich für den Geldmarkt aus dem erneuten Steigen der Unternehmungslust ergeben, sind allerdings nicht unbedenklich. Die Aussicht auf eine Erleichterung der Geldmarktlage schwindet immer mehr. Die Summe der Neuinvestitionen und Kapitalerhöhungen belief sich im Monat Mai dieses Jahres bei den deutschen Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. auf 119,31 Millionen Mark gegen 116,77 Millionen Mark im vorjährigen Parallelmonat. Im Mai 1911 stellte sich die Summe der Neuinvestitionen auf 108,15 Millionen Mark. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres und der vergangenen Jahre entwickelte sich die gewerbliche Unternehmungslust wie folgt:

Jan.-Mai	Neu-gründungen	Kapitalerhöhungen	Summe der Neu-investitionen
1907	298,53	339,05	637,58
1908	266,68	176,95	443,63
1909	294,20	207,77	501,97
1910	257,62	257,53	515,15
1911	259,96	324,30	584,26
1912	281,39	399,98	681,36
1913	241,66	153,37	395,03

Die Summe der Neuinvestitionen bleibt demnach in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres noch immer um 286,32 Millionen Mark unter dem vorjährigen Niveau. Von den Neugründungen des Monats Mai 1913 entfallen auf Umwandlungen bestehender Firmen 33,80 Millionen Mark und zwar bei den Aktiengesellschaften 24,95 Millionen Mark und bei den Gesellschaften m. b. H. 8,85 Millionen Mark.

Hat die Interpellation bereits gewirkt? Genosse Dr. Liebknecht hat im Reichstage den Reichstanzler befragt, was er zum Schutze des schlesischen Bergmanns Jaturbit aus Myslowitz zu tun gedente, der in dem russischen Grenzort Mieska von den russischen Behörden verhaftet und wegen der für den ober-schlesischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit nach Sibirien verbannt worden ist. Jetzt meldet die „Kattowitzer Zig.“, daß Jaturbit nicht nach Sibirien verbannt, sondern im Gefängnis Wendzin untergebracht sei und als lästiger Ausländer nach Deutschland abgeschoben werden soll.

Der „verfassungstreue“ mecklenburger Landtag. Der mecklenburgische Landtag nahm am Mittwoch eine Resolution an, in der gegen die Drohung des Ministers mit der Oltropierung als einen Bruch der Verfassung Verwahrung eingelegt wird. Hierfür stimmten auch die Bürgermeister. Diese Verwahrung soll ein Misstrauensvotum sein gegen die Minister, ein Misstrauensvotum, das aus „Verfassungstreue“ diejenige Landtagsabgeordnete dem Minister ausstellen, die seit Jahren kämpfhaft verhindern, daß in Mecklenburg überhaupt verfassungsrechtliche Zustände eintreten. Das ist in der Tat ein guter Witz. Man kann gewiß

schärfster Gegner einer eigenmächtigen Handlung durch die Regierung sein, solange aber eine gewisse rechtliche Zustände überhaupt unmöglich macht, muß schon im Notfall mit Gewalt einmal Recht geschaffen werden. Ob die nun von unten oder von oben kommt, ist letzten Endes gleichgültig. — Der Landtag debattierte dann über ein künftiges Wahlgesetz und lehnte geschloffen die direkte Wahl ab. Nur ein nationalliberaler „Landstand“ stimmte für direkte Wahl.

Eine Wohnungsdebatte größeren Stils wurde am Mittwoch im mecklenburgischen Landtag durch den sozialdemokratischen Antrag herausbeschrieben, der ein Eintreten der Regierung im Bundesrat für ein Reichswohnungs-gesetz und die Errichtung eines staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zur Gewährung von Kredithilfe für den Kleinwohnungsbau fordert. Genosse Dr. Lindemann riefte in einer umfassenden sachkundigen Rede das Wohnungsproblem nach allen Richtungen auf. Was die Gegner zu den sozialdemokratischen Forderungen zu sagen hatten, war ganz belanglos. Der sozialdemokratische Antrag wurde in dem Teil, der die Regierung auffordert, für ein Reichswohnungs-gesetz einzutreten, sofort gegen die Stimmen der Konservativen und Liberalen angenommen, trotzdem der Minister dringend um vorherige Ausschussberatung ersucht hatte. Der Teil, der die Errichtung eines Wohnungsfürsorgefonds in der Höhe von einer Million verlangt und die Bereitwilligkeit zur Verwirklichung derselben Mittel ausspricht, wurde an den volkswirtschaftlichen Ausschuss verwiesen. — Zu Beginn der Sitzung wurde die am Dienstag beratenen Vorlage über Errichtung einer Landespolizei-Zentrale mit 58 gegen 26 Stimmen des Zentrums an den staatsrechtlichen Ausschuss verwiesen.

Eine Zeitsung. Die die Rheinische Westfälische Zeitung schon jetzt aus einem demnach im „Deutschen Volksblatt“ erscheinenden Artikel des Herrn Reule von Strabonitz mitteilen kann, hat der Kaiser in 25 Jahren 28 Orden und Ehrenzeichen gestiftet. Einige dieser Orden sind besondere Auszeichnungen, die nur für ihn und seine Frau bestimmt sind. Andere sind Ironie (schon bestehender Orden, die zur „Entlastung“ der alten Orden eingerichtet wurden). Neben einer großen Reihe von Orden stehen dann noch eine große Anzahl von „Ehrenzeichen“, die auf kaiserliche Anordnung im Verlaufe des letzten Vierteljahrhunderts geprägt wurden. Die 25 jährige Regierungzeit des Kaisers wird also für die Ordensforschung reiche Ausbeute bieten.

Das beleidigte Unteroffizierskorps. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III Berlin hatte sich am Mittwoch Gen. Dr. med. Julius Moser wegen Beleidigung des preussischen Unteroffizierskorps zu verantworten. In einer am 22. Juli 1912 in Rosenhain bei Berlin unter freiem Himmel stattgefundenen Volksversammlung hatte Dr. Moser eine Rede gehalten. Er kam dabei auf die Soldatenmishandlungen zu sprechen und erwähnte, daß ein sozialdemokratischer Redakteur in Bochum, der die Soldatenmishandlungen kritisiert habe, freigesprochen sei, und daß Generalleutnant Rignann geäußert habe, die Schurken, Schufis, Palunken von Unteroffizieren, die Soldaten kommandieren, unter das Bett sich zu bücken, um den Staub zu schlucken und Spetzel zu lecken, verdienen kein Mitleid, sie gehören ins Zuchthaus. Die Polizeibeamten, die zur Überwachung der Versammlung abkommandiert waren, gaben diese Äußerungen nicht nur ungenau wieder, sie behaupteten, daß Gen. Moser den gesamten Unteroffiziersstand auch noch durch die Äußerung beleidigt habe, sie hätten ihre Vorbildung nur im Pferdestall und im Kalbrennen erhalten. Wegen der Gesamtheit der Äußerungen des Gen. Moser hatte dann der Kriegsminister Strafantrag gestellt. In der Zeugenvernehmung hielten die Polizisten ihre Angaben aufrecht; es stellte sich aber heraus, daß nur einer der Versammlung dauernd beigewohnt und daß auch dieser sich den Vortrag nur bruchstückweise notiert hatte. Gen. Moser bestritt entschieden, die ihm zugeschriebenen Äußerungen getan zu haben. Eine Anzahl Versammlungsbesucher sagte aus, daß sie sich schwer auf die Worte, die in der Versammlung gefallen sind, besinnen könnten, daß sie aber nichts von einer Beleidigung des Unteroffizierskorps gehört hätten.

Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis, mit der Begründung, eine Geldstrafe würde vermutlich von der sozialdemokratischen Partei getragen werden. Das Gericht erkannte auf 100 Mk. Geldstrafe. Die Äußerungen über die Soldatenmishandlungen könnten Moser nicht als Beleidigung angesehen werden; dagegen nehme das Gericht an, daß seine Bemerkung über die Vorbildung des Unteroffiziersstandes gefallen sei, worin eine Beleidigung des Unteroffiziersstandes liege. Dem Kriegsminister wurde die Publikationsbefugnis im „Tag“ zugesprochen.

In die Militärsammelbüchse des Reichschahamtes sind bisher an freiwilligen Wehrbeiträgen 888.565 Mk. geslossen. Glückstrahlend und dankbar teilt das die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ mit. Also beinahe eine halbe Million Mk. leicht entschließen sich die Militärenthusiasten und die Militärlieferanten rasch, auch noch die fehlenden 999 1/2 Millionen in die Sammelbüchse zu stecken, dann wäre der ganze Streit über den einmaligen Wehrbeitrag hinfällig.

Die Erbschaftsumlage zum Reichstag in Weisheim für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Freiherrn v. Lünefeld ist auf den 18. Juli angesetzt.

In schlimmen Händen.

Roman von Eric Schallier.

Dort oben lag der alte Engelbrecht im Bette. In der Nacht war es schon sehr dunkel, aber man sah doch alles, wenn die Augen sich erst an das Halbdunkel gewöhnen konnten. Er sah sich an das Bett und sah sich lange an. Es war ihm, als hätte er schon früher mit diesem Mann reden müssen. Er hätte vielleicht dies und jenes von ihm erfahren können. Und nun mußte man wirklich fragen: Hatte die Schwärze nicht recht? War der Unglückliche nicht ein durchdringender Quab gewesen, als er in der Nacht von allem weggeschlichen war? Hatte er in seinem ganzen Leben so etwas je gekannt? Er lag auf dem Rücken im Bette. Die Augen waren geschlossen, der Unterlippe war geföhlt, daß der Mund nicht heranzufallen konnte. Er hatte ein neues weißes Hemd an, er hatte einen Kranz in seinen Händen. Ah, er war ein verführerischer Dackel gewesen, er hatte es fängerdi hinter dem Ohren gehabt. Er sah nicht um sich so hell an. Er hatte wohl gewußt, wo die guten Dinge zu holen waren. War nicht ein Mensch zu ihm gekommen? Niemand hatte das Geföhen läßt. Nun aber sah Engelbrecht an seinem Bette, und wenn nicht alles täuscht, wollte Lorenz wissen.

Und doch war das der Anfang, der bescheidene Anfang der großen Herrlichkeit, die nach kommen sollte. Am Begräbnistage der Frau Engelbrecht hatte Engelbrecht die Schwärze der Gangeschleife. Sie sah die Augen auf und sah glücklich, daß an diesem Tag Engelbrecht begraben? Sie konnte nicht glauben, daß er nicht ein großer Mann gewesen wäre, als ihr letzter Liebhaber war. Die Schwärze war ja schwarz von Mord, alle Heiligen waren gekommen, um ihren Bruder das letzte Recht zu geben. So lange Menschen denken konnten, hatte die Schwärze noch ein solches Begräbnis gesehen. Er hatte wohl gewußt, was er tat, der alte besessene Mann. Als der Tag hinstreckte, wurde Engelbrecht ganz unruhig, daß ihn jemand nach in seine Wohnung bringen. Hier junge Männer aus der Nachbarschaft trugen den Sarg. Es war, wie Gott, das erste Mal, daß der alte Engelbrecht

auf Händen getragen wurde. Von den Heiligen hatte niemand das Haus betreten. Draußen wurde der Sarg in den Leichenwagen hineingeschoben. Es ging ein harter Wind, der eingefrorenen Schnee mit sich führte; fast als wenn es ein eisiger Staub gewesen wäre.

Als sich der Zug in Bewegung setzte, schritt der junge Geistliche unmittelbar hinter dem Sarg. Dann folgte die lange Reihe der Heiligen. Aus den Nachbarschaften sahen überall erregte Augen. Waren von diesen Heiligen so viele in der Stadt? Zuletzt kam Engelbrechts geschlossener Wagen vom Pferde-markt. Dem Engelbrecht sah in ihrem schwarzen Staat darin, mit einem neuen, sorgfältig gewaschenen Tuchentwurf in der Hand, und neben ihr sah Lorenz Engelbrecht selber, in seinem ersten Sonntagsgewand und im Hinder. Engelbrecht wurde im neuen Kirchhof begraben. Der alte war mit mächtigen Augen bestanden, die ihn im Sommer über-schatteten. Es ist fast schon im alten Kirchhof, er war aber bereits in Ägypten gekommen. Nur die Familien, die dort ein Erbegräbnis hatten, fanden noch Platz. Engelbrecht hatte ja selbstverständlich kein Erbegräbnis, er wurde also im neuen Kirchhof begraben worden, der noch ein freies Feld war. Der Wind blüß hart über dieses freie, kühle Feld. Man begriff nicht, wie der junge Geistliche es in dem dünnen Laster aus-halten konnte. Er lehnte gegen die Wand unempfindlich zu sein. Er stand aufrecht und festmäßig am Grab. Er achtete nicht des Windes, der den anderen eisige Schauer über die Font jagte. Außer den Heiligen war nur Engelbrecht mit dem Hinder da, die den Sarg getragen hatten, und dann selbstverständlich die trauernde Witwe.

Engelbrecht hatte die Hände des Geistlichen geföhlt. Er hätte vielleicht so anerkennend geschloffen. Er hatte freilich sein Hör-rohr mitgenommen. Aber trotzdem war er nicht gewöhnt, daß er hören würde. Der Geistliche entließ ihn Haupt, der harte Wind strich ungehindert an seinen seinen kalten Kopf. Er erhob die Stimme. Das verstand Engelbrecht! Was für eine klare, tiebe, un-erschütterliche Stimme hatte dieser Mann. Man verstand alles, man war gleichsam wieder unter Menschen. Engelbrecht sah sich für-nach gebogen; er lauschte gespannt. Der Geistliche lächelte die Engelbrecht, in der Engelbrecht gelebt habe. Es sei damit um ihn gewesen, es sei aber nur so dunkel gewesen, weil der Herr eine Menge gesündigt wollte. Es sei damit gewesen in Engelbrechts Leben, in seiner Seele aber

hat der Herr ein festliches Licht entzündet. Seine klare Stimme schloß stärker an. Er wendete sich nun unmittelbar an den Verstorbenen.

„Du warst ein Reis Gottes im sündigen Garten dieser Welt. Du bist nicht still und unerkannt, aber die Herrlichkeit aller Himmel war in dir. In der Welt hastest du Angst, aber du hast die Welt überwunden, wie geschrieben steht. Du bist erregt von deinem Herrn. Er geht die Lichtschleifen Engeln hinab. Er saß Dein Gesicht mit seinen beiden Händen und hielt dir in die Augen. Er legt seine milde Erlösungshand auf dein Haupt und gibt dir seinen Frieden. Haß wohl, mein Bruder! die Angst der dunklen Welt liegt hinter dir. Der Klang des Himmels lobt Deine dürstende Seele. Die Gnade des Herrn ist über alle Mäßen. Entschloß eure Säupter vor dem ewigen Gott! Lasset uns beten!“

Der Geistliche sprach mit seiner lauten, klaren Stimme ein Gebet. Der freie kalte Wind strich über die entblößten Säupter der Frommen. Engelbrecht hatte mit großer Inbrunst mit. Er fand es so schön, daß diese Frommen ihrem Bruder das letzte Geleit gegeben hatten. Und Frau Engelbrecht war in sehr gehobener Stimmung. Sie hatte sich an Menschen angeschlossen; sie war ja etwas fremd an diesen Orten. Sie hatte ein unsicheres Gefühl gehabt; bei solchem Anlaß konnte ja alles möglich geredet werden. Ihre Unsicherheit hatte sich aber in Freude verwandelt; sie fühlte sich geföhlt und erwidert. Das war ein stiller junger Mann, dieser Geistliche. Er fand so frisch und aufrecht, er fürchtete nicht die kalte Winterluft, seine Stimme war so klar und unterwürdig. Dem war nicht bang, das fühlte man. O, es war eine rechte Freude, einen so tüchtigen jungen Mann am Grab zu haben! Dem konnte man glauben, das konnte man wahrhaftig. Und wie schön hatte er gesprochen! War es nicht eine Freude, daß Engelbrecht alle diese Herrlichkeiten haben sollte? Nun hatte die Seele einen ausgezeichneten Ausgang genommen. Das konnte jeder sehen. Engelbrecht hatte es auch verdient, das hatte er freilich. Sie war eine ehrliche Frau, sie gönnte ihm sein Glück von ganzem Herzen. Der Pastor verstand, eine Witwe zu trösten, das verstand er besser als der alte Propst. Er war ja aber auch noch jung und in bester Manneskraft. Nicht einmal bei Dogmars Hochzeit war es so schön gewesen. Sie wollte ihm die Hand drücken, sie wollte ihm danken für das ergebende Wort. Er war indessen verschwunden, als sie herankam. (Fortsetzung folgt.)

Das Verhältnis des deutschen und französischen Grenztruppen. Gegenüber den Ausführungen des Berichterstatters lehrte in der französischen Kammer über das Verhältnis zwischen den deutschen und französischen Grenztruppen stellt die Nord. Allg. Ztg. folgendes fest: Behalten die Franzosen den dritten Jahrgang zurück, was ja schon beschlossene Sache ist, so sind sie im Grenzgebiet, soweit die Erweiterungen in Kammer und Presse einen Anhalt zur Schätzung geben, im Januar 1914 um etwa 25 000 Mann stärker als wir, und bleiben uns auch nach der vollen Durchführung unserer Deeresvermehrung noch um 24 000 Mann überlegen. Dieses Zahlenverhältnis ist schon im Sommer für die Franzosen recht günstig. In der Zeit der Rekrutenausbildung wird es noch vorteilhafter für sie, weil unsere Nachbarn dann über zwei volle rekrutentüchtige Jahrgänge verfügen, wir jedoch dagegen nur über einen.

Ausland.

Homerule für Schottland.

Der Gedanke der Selbstverwaltung und Befestigung der einzelnen Reichsteile, der in der irischen Homerule seinen entscheidenden Sieg erfochten und mit der Abschaffung der Staatskirche in Wales auch hier Anerkennung gefunden hat, legt sich nun auch für den Norden des Reichs, das alte Königreich Schottland, das seit 1603 mit England vereinigt ist, durch. Natürlich handelt es sich auch hier nicht um Befestigung der Reichseinheit. Die Gemeinamkeit der Dynastie, der auswärtigen Politik, von Heer und Flotte und des Postwesens wie auch die oberste gelegende Gewalt des gemeinsamen Parlaments bleiben unverändert. Es ist im wesentlichen nur eine Erweiterung provinzieller Selbstverwaltung, die noch nicht bis zu dem Maße von Selbstständigkeit geht, die den einzelnen deutschen Bundesstaaten zusteht. Neben dem Wunsche, das heute mit tausendfachen Kleinräum überlastete Reichsparlament von der Einzelheiten der Landesangelegenheiten zu erlösen, gibt es eine weitere Verwirklichung der besonderen Interessen und Eigenartlichkeiten der verschiedenen Völker. Schottland ist es müde, mit dem Telegraphenband regiert zu werden. Der Antragsteller, der schottische Liberale Cowan, betont besonders die Notwendigkeit, das Land von der Feudalwirtschaft des Großgrundbesitzes zu befreien, die zu einer selbst die irische überragenden Auswanderung geführt habe. Ein weiteres Unrecht sei es, daß die Verwaltung des Unterreiches eines Landes, das lange vor England eine umfassende Volksbildung durchgeföhrt habe, in London liegt: eine Quelle ständiger, fruchtloser Verwirrung, das englische Staatskirchenwesen in dem freikirchlichen Schottland heimlich zu machen.

Die neue Ordnung soll auf einem schottischen Parlamente von 140 Mitgliedern, ohne Oberhaus, beruhen und einen jährlichen Verwaltungszuschuß von 500 000 Pfund Sterling aus der Reichskasse erhalten. Eine Vermlnderung der jetzt im Parlamente sitzenden 72 schottischen Abgeordneten, wie die irische Homerule-Bill es vorsieht, ist nicht beantragt. Dazun an den Geldzuschuß knüpfte der konservative Sprecher Balfour an, um die Vorlage zu bekämpfen. Er hob auch die Schwierigkeiten hervor, die sich aus dem Ueberlegen des in Konsequenz des Devolutionsprinzips zu schaffenden englischen Landesparlamentes über die übrigen kleinstaatlichen und gar im Falle seines Konflikts mit dem Reichsparlament ergeben würden, ließ aber die abgehandelten Voralen von der angeblichen Verkürzung des Reichs Kasse beiseite. Ein Vertreter der Arbeiterfraktion kam nicht zu Worte. Die Fraktion tritt natürlich für den Entwurf ein und wird ihn durch einen Antrag auf Verlesung des Frauenwahlrechts für das neue schottische Gemeinwesen zu verbessern suchen. — Die zweite Lesung wurde mit 204 gegen 159 Stimmen beschlossen. Es hat also, da natürlich auch die Irländer für die Ausdehnung des von ihnen für ihr Land durchgeföhrt Verwaltungsprinzips stimmten, ein Teil der Liberalen ver sagt.

Die Verurteilungsmeyer am Werke. Der Fall Redl stand gestern im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus infolge einer Interpellation zur Verhandlung. Der Landesverordnungsminister Freiherr v. Georgi führte bei der Verantwortung der Interpellation aus, er möchte am liebsten einen unbedingten Erfolg der Schlichter über die Angelegenheit bringen. Die große Aufregung der Öffentlichkeit über den verabschiedungswürdigen Landesverrat Redls müsse um so begrifflicher erscheinen, je näher dem Einzelnen das Ansehen und die Ehre der Armee ständen. Redl richtete sich selbst, doch ist der Tod keine Sühne für die Ungehörlichkeit der Schuld. Auf Grund der bisherigen Ergebnisse der militärgerichtlichen Untersuchung stellte der Minister ausführlich den Sachverhalt dar, wobei er behauptete, die Militärbehörden hätten nicht die Absicht, die Angelegenheit zu vertuschen.

Der Minister behauptete weiter, daß Redl mit der vorerwähnten Absicht, Selbstmord zu begehen, nach Wien gekommen war. Er teilte seinem langjährigen Freunde, dem Generaladvokaten Pollak, seine Absicht mit der Begründung mit, daß er sich gegen die Moral der Standeslehre (wie während) vergangen habe. Die Militärkommission traf um 12 Uhr 30 Minuten nachts im Absteigequartier Redls ein, wo Redl sich mit Vorbereitungen zum Selbstmord beschäftigte, seine Schuld eingestand und zugab, daß er jedoch erst in der jüngsten Zeit, veranlaßt durch eine unheilvolle Leidenschaft, in die Spionage getrieben worden sei. Er verneinte sehr entschieden, daß er Mitschuldige habe. Nachdem ihn die Kommission verlassen hatte, verübte er den Selbstmord. Eine Durchsuchung in seiner Prager Wohnung lieferte den Beweis, daß Redl mehrere auf die Mobilisierung bezügliche Instruktionen allgemeinen Inhaltes an Agenten fremder Staaten verkauft hatte. (Wochenblätter: „Staaten“). Die ersten Spuren von Redls Verbrechen gehen auf März 1912 zurück, so schwer diese Tatsache auch liegt, könne doch festgestellt werden, daß konkrete Kriegsvorbereitungen aus letzter Zeit nicht verraten werden konnten, weil sie Redl überhaupt nicht zugänglich waren. Der Minister wiederholte die Feststellung, daß Beweise vorliegen, daß Redl Landesverrat erst im März 1912 begann. Bisher sind keine Mitschuldigen festgestellt worden, denn dem verhafteten Leutnant, der mit Redl in homopolitischen Beziehungen gestanden hat, ist bisher keine Spionage nachgewiesen. Die Gerüchte, daß höhere Offiziere und eine Dame kompromittiert seien, sind falsch. Redls Verbindung mit dem russischen Konsul in Prag ist durch nichts erwiesen. Auch bestehe kein Zusammenhang mit dem Falle Jandric und anderen Spionagefällen der letzten Zeit. Die Gerüchte, daß Redl Geheimnisse der deutschen Armee verraten habe, sei falsch, ebenso die in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß Redl zu Verhandlungen mit dem preussischen Generalstab einverstanden worden sei. Die glorreiche Armee sei hart getroffen, aber die Schmach eines Einzelnen könne nicht der Allgemeinheit zur Last fallen. Der Minister erklärte, er sei überzeugt, daß der Armee wegen dieses einen Unglücksfalles das ihr so kostbare Vertrauen der Bevölkerung und die Hochachtung der fremden Armeen nicht gefährdet werden könne. Es werde nicht die Feindschaften und zu verdienen trachten, letzteres, wenn es gelte, vom Gegner zu erzwingen wissen.

Der Minister versicherte schließlich, daß die Militärverwaltung die aufgefundenen Spuren mit aller Zügigkeit verfolgen, und wo sich nur der geringste Verdacht regt, mit drakonischer Strenge eingreifen und jeden Schädling wie mit glühendem Eisen beseitigen werde. Der Antrag des schottischen Sozialisten M e r c, die Debatte über die Interpellation zu eröffnen, wurde abgelehnt.

Entsch. als Unterstaatssekretär. Nach der Parlamentsabstimmung wurde der als Panamist entlarvte ungarische Minister-

präsident Lulacs von einem Mitarbeiter des Blattes „Alltag“ über die wirklichen Gründe seiner Demission befragt. Lulacs sagte:

Der unmittelbare Grund meiner Demission liegt nicht im Spruch der Richter im Desy-Prozess. Ein Richter-spruch in politischer Angelegenheit kann auf die politische Stellung einer Regierung keinen Einfluß haben. Ich demissioniere, weil meine Nerven verfallen. Ich bin auch wenig und kann die gegen mich geführte Debatte nicht ertragen. Ich demissioniere, weil ich dadurch dem parlamentarischen Frieden dienen will und der Rückkehr zu normalen Verhältnissen.

Am meisten hätte Lulacs dem parlamentarischen Frieden allerdings gedient, wenn er garnicht Ministerpräsident geworden wäre.

Die Rechte des Königs von Norwegen. Schon lange ist es eine Streitfrage in Norwegen gewesen, ob Änderungen in der Verfassung, die vom Storting angenommen worden, der Sanktion des Königs bedürfen. Die Vertreter der Linken haben immer behauptet, der König könne eine Sanktion von Grundgesetzbestimmungen nicht verweigern. Dagegen wurde von der Regierung und der Rechten die Einwendung gemacht, daß der König nicht nur das Sanktionsrecht, sondern sogar ein absolutes Veto in den Grundgesetzfragen bestitze, also größere Macht als anderen Befehlen gegenüber, bei denen das königliche Veto suspensiv ruht. Dieser Lage hat jedoch, wie aus Christiania gemeldet wird, das Verhandlungs-komitee des Stortings gegen die Stimmen der Rechten einen Vorschlag zu einer Ergänzung des Grundgesetzes angenommen, in dem ausdrücklich festgesetzt wird, daß eine vom Storting angenommene Grundgesetzbestimmung dem König nur zur Kenntnisnahme zugestandt werden soll, worauf sie sogleich rechtskräftig wird.

Die mexikanischen Rebellen eskalieren fortwährend die rüstigste Tätigkeit. Sie nahmen jetzt die Stadt Metamora ein und besetzten das Bollwerk an der Grenze von Texas. Eine Abteilung mexikanischer Regierungstruppen ist zur Verfolgung aufständischer auf das Gebiet der Vereinigten Staaten übergetreten. General D j e b o, der stellvertretende Gouverneur des Staates Sonora, hat zur Unterdrückung der Rebellion im Bezirk Caranza alle Männer im Alter von sechzehn bis sechzig Jahren zu den Waffen gerufen. Eine Depesche aus der Stadt Mexiko versichert aus angeblich bester Quelle, daß die Vereinigten Staaten die Regierung des Präsidenten Puerta nunmehr anerkennen wollen.

Eingeborenensend. Die „Times“ meldet: Das Untersuchungskomitee über die Greuelthaten, die von Beamten der Rautschul-Gesellschaft in Putumayo an Eingeborenen verübt worden sind, hat seinen Bericht beendet. Aus dem Bericht geht hervor, daß die englischen Direktoren zum großen Teil für diese Greuelthaten verantwortlich zu machen seien. Das Gleiche gilt von den ihnen unterstellten Beamten. Immerhin werden die Direktoren nicht vor das Strafgericht gezogen werden können, da kein Gesetzesparagrah ausfindig gemacht werden kann, nach welchem sie verurteilt werden könnten.

Vom Balkan. Die Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten der Balkanverbündeten findet am Dienstag in Saloniki statt. Wenn es dort zu keiner Entscheidung kommt, dann wird die Konferenz in Petersburg unter dem Vorsthe Russlands fortgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Wahregelung von Kellnern des Refibenz-Cafe wegen Steuerreklamation.

Aus dem Kreise der Gastwirtsgehilfen schreibt man uns: Von Unternehmenseite wird immer behauptet, wenn auch die Forderungen der Gastwirtsgehilfen sehr oft berechtigt sind, so könnte man doch mit deren Organisation nicht verhandeln, weil ihr Vorgehen sehr oft geschäftsschädigend sei. Daß aber alle gewerkschaftlichen Kampfmittel gegen einzelne Unternehmer noch nicht scharf genug sind, das beweist die Entlassung von Kellnern im Dresdener Residenz-Cafe, die dort seit Jahren beschäftigt sind.

Seit längerer Zeit war für die Angestellten eine anständige Lebensmöglichkeit nicht mehr gegeben. Gehalt wird nicht gezahlt, nur die immer geringer werdenden Trinkgelber der Gäste bildeten die einzige Einnahme. Für die Kost, die oft viel zu wünschenswert überig läßt, müssen täglich 50 Pfg. bezahlt werden, gleichviel ob sie gegessen wird oder nicht. Entgegen den gesetzlichen Vorschriften müssen die Kellner, obwohl sie keinen Gehalt beziehen, durchschnittlich monatlich 4 Mt. Kranken- und Invalidengeld an den Unternehmer zahlen. Von der Steuerbehörde wurden die Kellner weit über ihr wirkliches Einkommen eingeschätzt. Auf die Reklamation wurde der Direktor Weber aufgefordert, den Umsatz der Kellner anzugeben, um dadurch das Einkommen festzustellen. Weber erklärte den reklamierenden Kellnern: „Wer die Reklamation nicht zurückzieht, wird entlassen, ich gebe keine Auskunft.“ Weil sich aber die Kellner weigerten, wurden sie eine nach dem anderen entlassen.

Schon seit einiger Zeit versuchten die Kellner mit Hilfe ihrer Organisation ihre Lage zu verbessern. Da nun in allen hiesigen Cafes ähnliche Zustände herrschen, wurden dem Vorstand des Cafetiervereins die Wünsche der Angestellten unterbreitet und man hat um eine Aussprache. Bis wurden bis zur nächsten Monatsversammlung vertröstet und inzwischen wurden die Kollegen entlassen.

Trotzdem der Direktor Weber ein sehr hohes Einkommen bekommt, brachte das Unternehmen den Aktionären immer noch 8 Prozent Dividende; aber für die eine äußerst anstrengende und ungesunde Tätigkeit ausübenden Kellner können ohne nicht gezahlt werden.

Zum Streit in der Zementwarenfabrik

von Guido Simon in Dresden wird und geschrieben: Wie schon berichtet, haben in der Zementwarenfabrik von Guido Simon in Rathenwitz bei Dresden 1000 Zementarbeiter die Arbeit eingestellt. Der Grund dazu war folgender: Im Auftrage der Arbeiter unterbreitete am 28. Mai die Verhandlungsleitung des Fabrikarbeiter-Verbandes der Firma einen Tarifvertrag, worin neben einem Anfangslohn von 33 Pfg. und 35 Pfg. eine allgemeine Lohnzulage für alle über achtzehn Jahre alten Arbeiter von 3 Pfg. bis 5 Pfg. für dieses Jahr und 2 Pfennige Anfangs nächstes Jahr vorgesehen war. Außerdem verlangten die Arbeiter noch einige allgemeine Vorschriften, wie Zulage für Überstunden usw. Der Tarif sollte vorläufig eine zweijährige Dauer haben. Dieser Eingabe wurde ein Begleitreiben beigefügt, in dem die Direktion bis zum 28. Mai um eine gefällige Rückantwort gebeten wurde. Der 28. Mai kam heran, aber eine

Antwort war noch nicht eingelaufen. Auf eine telefonische Anfrage der Verhandlungsleitung wurde erklärt, daß in den nächsten Tagen Antwort kommen werde. Nun begann ein Hasten und Jagen und eine Antzettelerei, wie sie vorher noch nie dagewesen war. Die Arbeiter schickten eine — warteten vergeblich auf Antwort. Am 31. Mai fragte die Verhandlungsleitung nochmals telefonisch an, wie es denn mit der Antwort auf die Eingabe stehe. Da kam sie aber schon an. Bismarck ungeschön, um seinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wurde erklärt, daß sich die Firma jetzt nicht mit Lohnzulagen beschäftigen könne, sie hätte jetzt andere, eiligere Arbeiten zu erledigen. Nunmehr war auch die Geduld der Arbeiter zu Ende. Eine Kommission wurde bei der Direktion vorstellig und bat nochmals um Verhandlungen. Sie wurden aber vom Direktor abgelehnt. Der Direktor verlangte von den Arbeitern, daß sie erst von der Gewerkschaft lassen sollten, nach einiger Zeit sollte dann jeder Arbeiter einzeln zu ihm kommen, da werde er sehen, was sich machen lasse. Nunmehr legten die Arbeiter einmütig die Arbeit nieder. Nachfolgend wollen wir die bisher gegebenen Vorschläge anführen: Im Streit stehen 29 Kollegen; davon sind 14 verheiratet und haben zusammen 26 Kinder zu ernähren. Die Verheirateten verdienen: 6 Mann 30 Pfg., 1 Mann 28 1/2 Pfg., 1 Mann 24 Pfg., 2 Mann 25 Pfg., 2 Mann 26 Pfg., 1 Mann 27 Pfg., 1 Mann 28 Pfg. für die Stunde.

Die Ledigen verdienen: 2 Mann 18 Pfg., 1 Mann 14 Pfg., 2 Mann 15 Pfg., 1 Mann 17 Pfg., 2 Mann 18 Pfg., 1 Mann 24 Pfg., 4 Mann 20 Pfg., 1 Mann 23 Pfg., 1 Mann 24 Pfg. die Stunde. Daß mit solchen Löhnen kein Schlemmerleben zu führen ist, versteht sich von selbst. Es ist geradezu unverständlich, daß die Firma keinerlei Entgegenkommen zeigt, trotzdem von der Verhandlungsleitung wiederholt Verhandlungen angeboten wurden. Allerdings lassen sich die Arbeiter ihr Kontraktionsrecht nicht nehmen. Wir erklären auch hierdurch, daß die Verhandlungsleitung jederzeit bereit ist, mit der Firma über die eingereichten beschiedenen Forderungen zu verhandeln.

Deutsches Reich und Ausland.

Nach dem Kampfe im Waldegerwerbe.

Die Schwierigkeiten, die die Schafmacher nach Abschluß des neuen Reichstaxtarifvertrages durch die beiderseitigen Organisations des Waldegerwerbes noch machen, sind nun im allgemeinen überwunden. Nur der Gau Rheinland-Westfalen des Unternehmerverbandes hat sich zur Zeit noch nicht gefügt, obwohl der Vorstand des Unternehmerverbandes dem Verband der Walder offiziell mitteilte, daß sich nunmehr das Rheinland verpflichtet habe, die neuen Schiedssprüche anzuerkennen. Im übrigen Deutschland ist die Ausföhrung allgemein beendet und es scheint, als stege jetzt selbst auch im Gau Norddeutschland die bessere Einsicht des Unternehmerverbandes, denn man hat hier, wo die eigentlichen Treiber zu der nun für sie so unvürthlich ausgegangenen Ausföhrung sind, der Gehilfenorganisation mitgeteilt, daß man die Schiedssprüche nun im vollen Umfang anerkenne. Offene Differenzen bestehen jetzt außer im gesamten Rheinland eigentlich nur noch in Hamburg, wo gewisse Maßnahmen des Unternehmerverbandes, mit denen die Unternehmer ihren Rückzug etwas verdecken wollten, einige Schwierigkeiten bereiteten. Den Schaden davon haben die an der Ausföhrung beteiligten Unternehmer, die, nachdem durch ihre Organisation die neuen Schiedssprüche nun einmal angenommen worden sind, von deren Erfüllung, so schwer es ihnen auch antommen mag, nicht mehr befreit werden. Ihre anfänglichen Seitenzüge wegen des eigenmächtig errichteten Unternehmerarbeitsnachweises und der Aufhebung der allgemeinen Lohnherhöhung werden ihnen durch Eingreifen der Zentralinstanzen noch entgellet werden. Und auch die Differenzen, die in vielen Orten wegen der Auslegung der Riffer 4 des neuen Schiedsspruchs entstanden sind, nach der die während der Ausföhrung in größerem Umfang durchgeföhrt Lohnherhöhungen allgemein durchgeföhrt werden sollen, werden ihre Erledigung finden. Denn mit dem Ausschlichten des bekannten Schreibens der drei Unparteiischen durch den Unternehmerverband, der dazu nur durch eine einseitige Darstellung dem Schreiben zugrunde liegenden Tatbestandes gekommen ist, werden sich die Gehilfenorganisationen nicht so leichtem Kauf abfinden. Sie werden den jetzt wegen ihrer allgemeinen Abfuhr auf Rache stinnenden Unternehmern nichts von ihren Erwingenschaften vreisgeben. Die Entschlossenheit und Ausdauer der Gehilfen und ihrer Organisation während des zwölfwöchigen Kampfes wird den rachedürstenden Schafmachern eine deutliche Warnung sein.

It jetzt die Arbeit außer im Rheinland und Hamburg fast ausnahmslos wieder aufgenommen, so wird sicher auch hier bald eine Regelung erfolgen. Es wird dann die Zeit der örtlichen Verhandlungen zur endgültigen Festsetzung der örtlichen Verträge und zur strikten Durchführung der getroffenen Abmachungen folgen und, wie die Gegensätze durch die sinnlose Ausföhrung nun einmal verschärft worden sind, noch manche Auseinanderföhrung zwischen den beteiligten Faktoren mit sich bringen.

Schneider,

nehmt keine Arbeit nach Petersburg auf

Viele Schneider Berlins und anderer Großstädte haben von den Agenten der größten und solidesten Petersburger Firmen der feinen Konfektionsbranche verlockende Angebote erhalten. Diesen wortreichen Versprechungen ist folgendes entgegenzuhalten: Der seit Wochen währende Streit bei diesen Firmen ist noch immer nicht beigelegt. Bezieht sind ca. 60 Betriebe mit über 1000 Arbeitern. Die Streitenden fordern: 1. eine geringe Aufbesserung des Tages- und Stüdlöhnes, 2. die Bewilligung von Wohnungsgeldern oder mindestens eine etwas bessere Ausgestaltung der äußerst unhygienischen, dumpfen und lümmigen Schlafstellen bei den Arbeitgebern und 3. die Bewilligung von Koffergeldern an Stelle der fast durchweg miserablen Beföstigung durch die Arbeitgeber. Der Versuch, Schneider in Klein und Odesa anzuwerben, ist mißglückt. Die Agenten obiger Firmen sind nunmehr auf der Suche nach Ersatz nach Deutschland gelangt. Die Petersburger Schneider appellieren an das Solidaritätsgefühl der deutschen Kollegen und erwarten, daß die Bemühungen der Agenten auch in Deutschland vergeblich sein werden.

Ausbeutung nach amerikanischem Muster.

In der Versammlung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, die am Sonntag in Freiburg i. Br. stattfand, hielt Professor Balluch von der hiesigen technischen Hochschule einen Vortrag über das Taylor-System, die automatische Knochenmühle für die Arbeiter. Durch Nichtüberunterstützung, suchte Balluch zu beweisen, daß nach dem Taylor-System jeder Arbeiter und Beamte dreimal mehr als bisher leisten könne. Er betonte, in Amerika arbeiten nach dem System jetzt schon mehr als 100 000 Arbeiter. Es lasse sich auch auf Deutschland übertragen, und es ermöglichte nicht nur eine Vermehrung der Produktion, sondern auch eine Erhöhung der Lohnauszahlung. Die Veranschaulichung Deutschlands ist von der Einführung des Taylor-Systems abhängig.

Gegen die Menschenwürde nach amerikanischem Muster wandte sich in der Diskussion ein Herr Stöck aus Bielefeld, der anführte, daß es 80 Betriebe in Amerika, die nur dem Taylor-System arbeiten, beschäftigt habe. Er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es in Deutschland nicht einführbar sei und das Verweil der Arbeiter gegen das System sei nur der einzige, da es auf spezielle Ausbeutung hinauslaufe.

Einzelne Arbeiter, die sich dem Taylor-System widersetzen, werden in Amerika oft in Gefängnisse eingeworfen. In Deutschland wird die Einführung des Taylor-Systems durch die Gewerkschaften verhindert.

Versammlungen u. Vereine

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Breslau.

Achtung! Installateure und Helfer!
 Sonntag, den 8. Juni 1913, früh 10 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Saal 3:
Branchen-Versammlung.
 Wichtige Tagesordnung.
 Mitglieder und Delegierten sind mitzubringen.
 Die Branchenleitung.

Achtung! Heizungsmonteur!
 Sonntag, 8. Juni, früh 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 8:
Branchen-Versammlung.
 Pöhlliches Erscheinen erwartet Die Branchenleitung.

Achtung! Gelbmetallarbeiter u. Arbeiterinnen!
 Dienstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Saal 7:
Branchen-Versammlung.
 Alle Kollegen und Kolleginnen müssen erscheinen.
 Die Branchenleitung.

Sozialdemokratischer Verein Breslau

Distrikts-Versammlungen

(Schlussrede) werden Montag, den 9. Juni, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen abgehalten:

Distr.	Ort	Ref.	Spitze
1	(Götzig)	Friedrichstr. 50a.	Spitze Schultze.
2	(Gaustrassen)	Brandenburgerstr. 16	Aneh.
3	(Götzig, Bors. Hbl.)	Gräblichstr. 74	Löbe.
3a	nichtl.)	Siechenhauerstr. 19	Wolk.
4	(Röhlitzer)	Schweigerstr. 23	Gesellin Lawatsch.
5		Freib. Wilhelmstr. 25	Gesellin Th. Müller.
6		Saugasse 62	Herrmann.
7	(Oberer)	Wiegasse 59/64	Altr. Richter.
8a		Wiegasse 59	B. Richter.
9		Wiegasse 59	Geleke.
9a		Schneidstr. 5	Erman.
10	(Santler)	Wiegasse 59	Peikert.
11		Wiegasse 59	Dart.
12	(Scheitner Vorstadt)	Wiegasse 59	Machol.
13		Wiegasse 59	Okenaky.
14	(Ostener Vor)	Wiegasse 59	Schitt.
15		Wiegasse 59	Kuntke.
15a		Wiegasse 59	Keiner.
16	(Scheitner Vor)	Wiegasse 59	Winer.
16a	(Scheitner Vor)	Wiegasse 59	Senk.
17	(Scheitner Vor, Hbl.)	Wiegasse 59	Tookus.
17a		Wiegasse 59	Neukirch.
18	(Jünger Stadt, Hbl.)	Wiegasse 59	B. Müller.
19		Wiegasse 59	Rauch.
20	(Kleinberg)	Wiegasse 59	Tookus.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch legitimiert. [3023] Der Vorstand.

Naturfreunde. Land-Distr. 14, Herdau-Dürrgoy
 Sonntag, den 8. Juni:
Ausflug nach dem Jungferntee.
 Abmarsch 7 1/2 Uhr von der Entlastung der Gleise in Dürrgoy. Proviant mitnehmen. Gänge willkommen. [3025]
 Dienstag, den 17. Juni:
Mitglieder-Versammlung
 Januar 12, Gewerkschaftshaus.

Am 2. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Schmeide **Max Demmig** im Alter von fast 28 Jahren. Dies seligen schmerz erfüllt an Die tieftrauernden Eltern und Geschwister. Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Frankfurterstrasse 71. 6040

Am 2. d. Monats verschied plötzlich und unerwartet unser Mitglied und Kollege, der Schmeide **Max Demmig** im Alter von 28 Jahren. Sein Andenken werden in Ehren halten Die Irdischen Angehörigen der Liebesheimen-Werke. Beerdigung: Sonnabend, den 7. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel. 6017

Zu billigsten Preisen
 kauft man das eleganteste und haltbarste **Schuhwerk**
 bei demher großster Auswahl in Leder-, Stoff- und Seeschuhen, sowie Holz- und andere Schuhe zu sehr rechten Preisen nur bei **Robert Kretschmer, Schuhmacher, Friedrich-Wilhelmstr. 52**, gegenüber der Friedrich-Kirche. 3006

Josef Günther
 Fahrradschlossermstr.
 Friedrich-Wilhelmstr. 2.
 Erfindung Qualitätsmarken. 12710
 Besondere Reparaturwerkstatt für alle Systeme.

Schauspielhaus
 Freitag, 8 Uhr abends:
 „Die Matten“.
 Sonnabend, 8 Uhr abends, zum 1. Male:
 „Das Prinzip“.
 Sonntag, 8 Uhr abends:
 „Das Prinzip“.
 2878

Ausstellungs-Natur-Theater
 Erste und folgende Tage nachmittags 4 1/2 Uhr: 2872
 „Die Pause des Verliebten“
 „Der Bettler aus Bremen“
 Abends 8 Uhr:
 „Die Jähne“
 „Kurmärker und Pikarde“
 „Die Torgauer Heide“

Liebig's Etabl.
 Freitag, 6. Juni, abends 8 Uhr:
 Rauchfreier Abend.
 Breslau, so sieht's aus!
 Grosses Konzert
 Anfang 7 1/2 Uhr. 2856

Zeltgarten.
 Einziges Sommer-Paradies.
Riesenprogramm.
 Erstklassige Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr: 2866

Reform-Kino
 Schmeidebrücke 17/18
 Von Freitag bis Montag:
Liebe u. Ehre
 Ein höchst sensation. Schauspiel aus den vornehmsten Gesellschaftskreisen in 3 Akten.
 sowie das übrige Schlager-Programm.
 Sonntag, 4-6 Uhr haben auch Kinder in Begleitung Erwachsener Zutritt. 3018

Triumph Cito
 erstklassige Marken zu zeitgemässen Preisen.
 Schwandter Räder von 15 bis 24 Zoll.
 Neue Räder von 39.50 bis 45.00.
 Reparaturen schnell und preiswert. Bestgehende Garantie. Zeitigung gefastet.
Tschepiner Fahrradhaus
 Striegenstr. 12. 12132/2
 Friedrich-Wilhelmstr. 100.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
 2877/8

Joh. Kluger, Breslau, Matthiasstr. 152.
 Telefon 5385. Grosses Lager 12765
 in Fahrrädern und Nähmaschinen, Schlosserei, Schleiferei, Vernickelung mit elektrischem Betrieb.
 Grösste Werkstatt für autogene Sauerstoffschweißungen.
 Gegen Kasse niedrigste Preise. Teilszahl gestattet. Man verlange Preislisten gratis und franko.

Gerstäckers Werke.
 Volksausgabe in zwei Bänden, reich illustriert, in Kasten von 30 Pf. (Gesamtpreis 3,00 Mark)
 Zu beziehen durch Expedition und Kolporteurs.

Kleiner Anzeiger
 Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf
 Gekaufte Gegenstände, für jeden Tag, billig zu verkaufen. Preisliste gratis. Keine Schwundstücke. Preis 6. 2859

Vermisung
 Herr. am 1. Juli eine Stelle zu mieten. 3020/21 Gewebe, Hildebrandstr. 33, 4.
Abonnenten und Leser der „Volksmacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volksmacht“ auch dadurch, dass sie bei ihren Entschlüssen die Inserenten der „Volksmacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Entschlüssen auf die „Volksmacht“ beziehen.
 Durch alles dies wird die „Volksmacht“ aktiv unterstützt.

Radrennbahn Scheitnig-Grüneiche.
 Sonntag, den 8. Juni cr., nachmittags 4 Uhr
Paul Hontschka-Memorial-100 Kilometer-Rennen
 hinter gr. Motoren in drei Läufen über 20, 30 und 50 Kilometer.
 Es starten: 2864
J. Miquel, Paris. P. Thomas, Breslau.
P. Nettelbeck, Berlin. C. Janke, Berlin.
 Ausserdem
2 Fiegerrennen und 2 Motorradrennen.
 Alles Nähere durch Anschlagssäulen.

Radrennbahn Grüneiche.
Training
 Paul Hontschka Memorial
 Freitag, den 6. Juni, Sonnabend, den 7. Juni nachmittags 5 1/2 Uhr. Entrée 20 Pf. Mitglieder frei.

Pfänder-Auktion
 Mittenstr. 48
 Freitag, den 20. Juni, 11 bis 12 Uhr
 Versteigerung nur bis 16. Juni
 Donnerstag, d. 14. Juni, nachm. geschlossen.
 Damen, Mädchen, Knaben, Kinder, Garben, Billig, best. Auguststr. 71, pt. r. [3012]

Wanderer Homannia
 erstklassig, stabil und leichtlaufend.
 Größerer Posten 2370
 mit Emaillefehler **20-25%** unter Preis.
Wilhelm Homann, Taubentzenstrasse 53, (2. Haus von der Taschenstr.)

Jahrhundertfeier der Freiheitskriege Breslau 1913
 Tagesprogramm für Sonnabend, den 7. Juni:
Konzert: Im Pavillon am Wasserbecken: Stadtheater-Kapelle (Hornlohe) Im Vergnügungspark: Kap. d. Feld-Art.-Regt. (Hacha). Abends 8 Uhr
Jahrhunderthalle: Festspiel von Gerhart Hauptmann.
Naturtheater:
 Nachm. 4 1/2 Uhr: Der Bettler aus Bremen. Das war ich.
 Abends 8 Uhr: Der Kurmärker und die Pikarde. Die Torgauer Heide. Die Verlobung bei der Laterne. 3014
 Historische Ausstellung Gartendau-Ausstellung Historische Gärten
 Künstlerbund Schießen Ausstellung Breslauer Firmen Japanischer Garten
 Vergnügungspark mit modernen Befestigungen aller Art.
 Die Jahrhunderthalle ist von 11-1 und von 4-6 Uhr vom Südeingang aus unter Führung zu besichtigen.
Voranzeige! Am Sonntag: Konzert der Donnersmarchhütte aus Zabrze (Kapellmeister Müller).

Morgen Sonnabend: Gerhart Hauptmann Festspiel
 in der Jahrhunderthalle.
 Vorverkauf: Verkehrsbüro Barasch. Billettvorverkaufsstelle in der Verkehrshalle. 3005

Schillers Werke.
 Volksausgabe in zwei Bänden, reich illustriert wöchentlichen Raten von 30 Pfennigen. Gesamtpreis nur 3,00 Mark. Zu beziehen durch Expedition und Kolporteurs.
 Bestellungen der nächsten Markt-Notierung-Kommission. Breslau, den 5. Juni.

	alte	neue	alte	neue
Wetter, wether.	19 20	18 40	18 80	17 80
Schiller, gelber.	19 70	18 60	18 70	17 70
Köppen.	16	15 50	15 40	14 80
Gerbe	26 20	24 90	24 20	24
Geist.	18 80	18	14 90	14 40
Schiller-Kolben	25	25	25	21
Garten	21 50	21	19 80	18 80

 Preis per 100 Rgr. 6.00-7.20 Rgr.
 Preis per 100 Rgr. 4.00-5.00 Rgr.
 Preis per 100 Rgr. 2.50-2.80 Rgr.
 Breslauer Buchhandlung. Best. Schmeide, per 100 Kilogramm inll. Endpreis 24.00-25.00 Rgr. Roggen-Gansbuden bekannt, 24.00-24.50 Rgr. Roggen-Gansbuden 22.00-22.50 Rgr. Best. Schmeide 23.00-23.50 Rgr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Juni.

Der Jahlabend

des sozialdemokratischen Vereins am Montag in den Distriktslokalen wird sich hauptsächlich mit dem dieser Tage veröffentlichten Jahres- und Kassenbericht und den Neuwahlen des Vorstandes usw. beschäftigen.

Stadtverordneten-Versammlung.

Ein wenig von der elektrischen Spannung des Landtagswahlkampfes hatte sich noch auf die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung übertragen und flammte gelegentlich in kleinen Fünkchen selbst während der fernliegenden Materien auf.

Eine interne Debatte der liberalen Mehrheit, die ganz gut in der freisinnigen Vorversammlung hätte abgewickelt werden können, entspann sich jedoch über die Schaffung einer zweiten Stadtschulratstelle, von der ein Teil der Freisinnigen nichts wissen will.

Die übrigen Vorlagen, meist Flusslinienänderungen und -Pläne, wanderten zunächst in die Ausschüsse.

Verlegung des Früh- und Großmarktes.

Der Magistrat schlägt vor, den Früh- und Großmarkt vom Ringe und dem Blücherplatz in die Markthalle II auf der Gartenstraße und das angrenzende Grundstück zu verlegen.

Der Berichterstatter Stadtk. Främshof (Konf.) spricht eingehend über die Vorlage. Gegen die Verlegung des Früh- und Großmarktes auf die Gartenstraße in die Markthalle II habe ich verschiedene Bedenken.

Die Magistrats-Vorlage bedeutet auch eine große Ausgabe, die von der Bürgerschaft für die Markthallen nicht gemacht wird. Für die Fortbildungsschule sollte man lieber im Innern der Stadt geeignete Räume schaffen.

Stadtk. Herschel (Her.): Das Unangenehme an der Vorlage ist, daß sie mit einer alten, guten Einrichtung bricht. Die Vorlage ist ein Verlegenheitsprodukt.

Stadtk. Wohlauer (lib.): Gewiß, die Entwicklung der Markthallen ist sehr traurig, aber trotzdem wünsche ich auch nicht, die alte liebgewordene Einrichtung des Frühmarktes aufzugeben.

Stadtk. Ganne (lib.): Die Standplätze in den Markthallen sind zu teuer; darum stehen sie halb leer. Gerade in der Südbaustraße sind viele Geschäfte entstanden.

Stadtk. Giesel: Es ist ganz richtig, eine Markthalle müßte eigentlich einen Eisenbahnanschluss haben; aber hier sind wir auch auf Widerspruch gefaßt.

Oberbürgermeister Matting: Alles, was bis jetzt gegen die Vorlage vorgebracht wurde, das ist Gefühl. Gegen jede alte Sache kann gesagt werden, es soll eine alte liebgewordene Einrichtung fallen.

Stadtk. Herschel (Her.): Wir Gegner der Vorlage arbeiten nicht mit dem Gefühl, sondern mit klümel Verstande, der uns sagt, daß wir nicht neue große Ausgaben für eine unangünstige Sache machen wollen.

Die politische Note, die Dr. Wohlauer in die Debatte getragen hat, zwingt mich zu einer kurzen Erwiderung. Herr Wohlauer hat von meiner Verärgerung gesprochen.

Stadtk. Wujasowsky (Konf.): Ich brauche meine persönliche Gegnerschaft zu den Markthallen nicht mehr zu begründen. Wir sind jetzt so weit, wo wir sind, daß die Halle auf der Gartenstraße nicht nur keinen Gewinn bringt, sondern überflüssig ist.

Oberbürgermeister Matting: Die Herren Herschel und Wujasowsky haben sich als grundsätzliche Gegner der Markthallen erklärt. Trotzdem müßten Sie jetzt, wo wir die Markthallen haben, dafür sorgen, daß es besser wird.

Stadtk. Giesel: Es ist nicht wahr, daß die Waren in den Markthallen verteuert werden. Mein Bestreben ist es im Gegenteil, dafür zu sorgen, daß die Waren billiger werden und auch gut sind.

Stadtk. Heilberg (lib.): Herr Wujasowsky hat die Sache grundsätzlich, aber doch nur so behandelt, ob sie gut oder schlecht ist. Jetzt kommt es aber nicht darauf an, ob wir die Markthallen einrichten sollten.

Stadtk. Löbe (Soz.): Auch wir stehen der Vorlage mit großen Bedenken gegenüber, widerlegen uns aber einer Prüfung der einzelnen Argumente in den Ausschüssen nicht. Einem ausschließlichen Versuch, unseren Markthallen auf die Beine zu stellen, wird sich kaum jemand in diesem Saale entziehen.

Stadtk. Wohlauer (lib.): Meine Ausführungen waren durchaus nicht von Leidenschaftlichkeit getragen; ich will nur nicht, daß wir ein Experiment machen, das mehr als eine halbe Million kostet.

Stadtk. Giesel: Herr Löbe gegenüber möchte ich sagen, der gegenwärtige Zustand auf dem Frühmarkt ist polizeiwidrig und unelblich. In den Polizeistrafen liegt uns garnichts.

Die Sitzung wurde um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Von der Jahrhundertfeier.

Gartenbau-Ausstellung.

Der prächtige Kranz von 2100 Alpenrosen am Fuße des Säulenganges steht gegenwärtig in voller Blüte. Die warme Witterung trägt leider dazu bei, daß der Flor nicht allzu lange mehr dauern wird.

Im japanischen Garten zelligen Alpenrosen und Azaleen noch Blüten in den verschiedenen weissen, roten und gelben Farben. Die japanischen Iris entwickeln ihre ersten Blüten. Die Lotusblumen im heizbaren Teiche des Reiches haben die Reife von der Pflanzerei in Darmstadt gut überstanden.

Abendstimmung im Säulengange.

Musik! Ein Durcheinanderwogen von Menschen. Das umhergeschweifende Auge verliert sich förmlich in einem Meer künstlichen Lichtes. Die Terrasse vor dem See ist von Hunderten von Glühlampen überstrahlt.

Vom Akropolis der Briefe. Ein großer Teil der in Breslau ausgelieferten Briefsendungen wird bei den Postämtern I (Albrechtsstraße) und II (Gartenstraße) durch Siempelmaschinen abgemerkelt, die gegen 900 Briefe in einer Minute mit dem Aufgabesimpel bedrucken und eine weitausgünstigere Verteilung in der Abfertigung der Briefe ermöglichen.

der Eisenbahner Genosse Paul Friedrich, ist am Donnerstag auf dem Friedhof der Freien Religionsgemeinde zur letzten Ruhe gebettet worden.

Die Angst vor der „Volksfürsorge“.

Im „Tag“ hatte vor einigen Tagen Richard Nordhausen die „Volksfürsorge“ nach seiner Art recht günstig beurteilt. Er glaubt nämlich, daß diese neueste Einrichtung der organisierten Arbeiterkraft zur Mauerung der Sozialdemokratie beitragen werde.

In der Tat ist das Ziel der sozialdemokratischen Genossenschaftsbewegung: die wirtschaftliche Ablösung des Kapitalismus. Durch die genossenschaftliche Organisation des Konsums soll der kapitalistische Gewerbebetrieb überwunden werden.

Am Schluß des Artikels wird dann noch die „Aufklärung“ über die „Volksfürsorge“ als eine Aufgabe bezeichnet, der sich auch die Reichs- und Staatsleitung nicht entziehen sollte.

Das Gemurmel und die Denunziation der Scharfmacherblätter vom Schlage der „Kreuzzeitung“ zeigen den Arbeitern, daß sie auch mit der „Volksfürsorge“ auf dem rechten Wege sind.

Die Banane

hat sich lange Zeit nur sehr langsam am deutschen Südschiffmarkt eingebürgert. Es hat großer Anstrengungen der einflussreichen Kaufleute und Kleinhändler bedurft, um weitere Kreise von der Güte dieser Frucht zu überzeugen.

Breslauer Schauspielhaus.

Schauspiel des Berliner Lessing-Theaters: „Saus der Jugend“, von Hanns Jochen.

In dem weiten Bau des Schauspielhauses sind trotz der großen Hitze ganz angenehme Abende zu verbringen. Und schiefen sind Schauspieler immer zu ertragen, wenn auch die Theaterluft eine gar zu drückende ist.

Am allgemeinen konnte man mit der Spielart sehr zufrieden sein. Ganz richtig gab Hans Marx den Rechtsanwalt Stengard, als einen Menschen, der sich über neue Hoffnungen und Ausblicke freute wie ein Hans im Glück.

Staub und Mitternacht.

Die Weltanschauung für Buchgewerbe und Gewerbe. In der Buchverhäftnisse 1914 in Leipzig erschienen.

sag für andere teurere in- und ausländische Obstsorten selbst. In allerneuester Zeit scheint die Nachfrage nach Bananen sehr stark gestiegen zu sein. So wurden in den ersten vier Monaten d. J. bereits 92 628 Doppelzentner im Werte von 2,34 Millionen Mark eingeführt.

Table with 6 columns: Year (1908-1913), Quantity (Doppelzentner), and Value (Millionen Mark).

Mitteln ist die Einfuhr der ersten vier Monate seit dem Jahre 1908 um 79 143 Doppelzentner oder um 1,96 Millionen Mark gestiegen. Auf die wichtigsten Länder verteilte sich die Einfuhr in den Monaten Januar bis April 1912 und 1913 in Doppelzentnern, wie folgt:

Table with 3 columns: Country, Quantity (1912), and Quantity (1913).

Deutschlands Bananenausfuhr ist verhältnismäßig unbedeutend. Sie betrug in den ersten vier Monaten d. J. 708 Doppelzentner.

Deutsche Kolonialgesellschaft.

In der Sitzung am Donnerstag wurde zunächst ein Antrag der Abteilung Berlin angenommen, den Reichskanzler um eine Erweiterung der Rechte des Landesrats von Deutsch-Südwestafrika zu ersuchen.

Ein Antrag der Abteilung München, der auch Annahmen in den afrikanischen Kolonien, besonders am Rufiji, Mittel in der Tat einzustellen.

Es folgte ein Antrag Harburg, der die Aufklärung der Arbeiterkraft über den Mexikokolonialer Beiratsrat fordert. Die Aussprache darüber war sehr lebhaft.

Davon will aber der Landrichter Penzel aus Köslin nichts wissen; er verweist jede Verbindung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und jede Anerkennung der Sozialdemokratie als gleichberechtigt.

Professor Dr. Thorbecke aus Berlin trat für Ausbau der Bahnen in Kamerun ein und Kapitan zur See v. Pustau aus Berlin für die Einführung des Flugwesens in den Kolonien nach dem Beispiel der anderen Kolonialmächte.

Fuhrwerk und elektrische Straßenbahn.

Jeder Fahrer eines Fuhrwerks, der auf den Schienen der Straßenbahn fährt, ist unbedingt verpflichtet, sofort von den Schienen herunterzufahren, wenn hinter ihm ein Straßenbahnzug kömmt.

Aus aller Welt.

Schwere Unwetter in Mitteldeutschland.

Aus dem Regierungsbezirk Kassel laufen fortgesetzt Meldungen über die verheerenden Wirkungen her in den letzten Tagen niedergegangenen Unwetters hin.

wagen über die Wilhelmstr. und Königsbrücke nach dem Königsplatz. Auf der Brücke konnte der Fußgänger natürlich nicht ausweichen, aber er tat es auch nicht, so daß er bereits über die Königsbrücke hinweg war und am südlichen Rand der Straße stehenblieb.

Daß beim Herannahen der Feuerwehre jeder Fußgänger unbedeutend zu halten hat, dürfte bekannt sein. Weniger beachtet wird indessen die Bestimmung, daß mit Lastfuhrwerken, die nicht auf Straßen ruhen, in den Straßen der Stadt nicht im Straßenverkehr verkehren dürfen.

Schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

Am Donnerstag Nachmittag gegen 6 Uhr ereignete sich auf der Gartenstraße gegenüber dem Hauptbahnhof ein schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei dem etwa 10 Personen teils schwer, teils leichter verletzt wurden.

Ein vollbesetzter Zug der Linie 19 kam von der Wriezenerstraße her, während ein Zug der Gürtelbahn (Linie 7) von der entgegengesetzten Seite zum Hauptbahnhof gefahren kam.

Die Motorenwagen, die gegeneinandergefahren waren, sprangen beide aus dem Gleise und wurden arg beschädigt. Noch vor dem Eintreffen der Sanitätskommissionen der Feuerwehre veranlaßte ein Schuttmann die Ueberführung von drei schwerverletzten Frauen ins Wenzel-Gandke-Krankenhaus.

Allgemeiner Unwille und Aufregung herrschte über das angeblich zu späte Eintreffen der Feuerwehre. Daran trägt aber nicht nur der Verantwortliche, sondern auch die Feuerwehre, sondern das Telephonamt die Schuld, das erst nach fast zwei Minuten langem Warten die Verbindung mit der Feuerwache herstellte.

Nach in Frankreich Ueberfluthungen.

Durch den Austritt des mittleren Garonne-Flusses aus seinen Ufern sind mehrere Dörfer, die tiefer liegen, vollständig überschwemmt und vernichtet worden. Es steht in diesen Dörfern auch nicht mehr ein einziges Haus, das nicht zum größten Teile von der anstürmenden Wasserflut zerstört worden wäre.

Ein Unfall Oriands.

Als der frühere Ministerpräsident Oriand am Mittwoch in der Nähe von Passau eine Automobillfahrt unternahm, wurde sein Wagen von einem großen Last-Automobil angefahren und umgeworfen.

Zwei Personen vom Witz getötet. Bei dem in den letzten Tagen niedergegangenen starken Unwetter und Gewitter in Kassel hat der Witz mehrere Menschenleben vernichtet.

Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission.

Vor Beginn der Donnerstagssitzung, der 100. Sitzung der Budgetkommission, fand eine zweifelhafte vertrauliche Besprechung zwischen den Fraktionsdelegierten und der Regierung statt zur Verständigung über strittige Fragen.

Dann wurde zunächst die am Mittwoch vertagte Debatte über die Besteuerung der Aktiengesellschaften zu Ende geführt, die einen ausschließlich steuerrechtlichen Charakter hatte. Der Regierungsentwurf wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Konserverativen angenommen. Hierauf wurde die Debatte über den Wehrbeitrag wieder aufgenommen, der die Höhe und Staffel des Wehrbeitrags enthält. Graf Westarp berichtete über die verschiedenen Besprechungen, die zu einer Einigung nicht geführt haben. Es lagen mehrere Vorschläge vor. Ein Vorschlag A sieht eine Steuer von 0,2 v. H. bei Vermögen bis 50.000 Mark vor, die bis auf 1,4 bei Vermögen von 5 Millionen und mehr steigt, jedoch nicht über 1,25 vom Hundert des Gesamtvermögens. Dieser Vorschlag soll schätzungsweise 820 Millionen vom Vermögen und 80 Millionen vom Einkommen bringen. Ein Vorschlag des Grafen Westarp soll 860 Millionen bringen, ein Vorschlag B sieht eine Steuer von 0,2 v. H. bis 50.000 Mark vor, die bis auf 1,4 bei Vermögen von 5 Millionen und mehr steigt, jedoch nicht über 1,25 vom Hundert des Gesamtvermögens. Dieser Vorschlag soll schätzungsweise 820 Millionen vom Vermögen und 80 Millionen vom Einkommen bringen. Ein Vorschlag des Grafen Westarp soll 860 Millionen bringen, ein Vorschlag B sieht eine Steuer von 0,2 v. H. bis 50.000 Mark vor, die bis auf 1,4 bei Vermögen von 5 Millionen und mehr steigt, jedoch nicht über 1,25 vom Hundert des Gesamtvermögens. Dieser Vorschlag soll schätzungsweise 820 Millionen vom Vermögen und 80 Millionen vom Einkommen bringen.

Die Sozialdemokraten beantragten eine noch stärkere Herabsetzung, speziell der Millionenvermögen. Von 5 bis 10 Millionen soll danach 1,5 v. H., und dann von je weiteren 10 Millionen ein Zehntel Prozent mehr erhoben werden. Nach unten hin sollte dafür eine Ermäßigung eintreten. Vermögen bis 20.000 Mark, also auch Einkommen bis 8000 Mark, müßten von der Abgabe befreit werden.

Schatzsekretär Kühn wendete sich gegen diesen Vorschlag, der ihm besonders bedenklich erscheine wegen der Höhe der Abgabe, die von dem ganz großen Vermögen erhoben werden soll. Der Schatzsekretär erklärte, er sei momentan nicht in der Lage, sagen zu können, ob die Regierung dem sozialdemokratischen Vorschlag zustimmen könne. Steuergesetze solle man nicht gegen einzelne Personen machen. — Genosse David bezeichnete die Argumentation des Schatzsekretärs als eine sehr merkwürdige. Vor den schwachen Leuten, sagt er, zu machen, ist völlig ungerichtet. Je größer das Vermögen, desto stärker wird der Wehrbeitrag von den sonst für den Luxus zu verwendenden Ausgaben bestritten. Will die Regierung ein Unannehmliches gegen die sozialdemokratische Forderung ausprechen, so mag sie das nur tun; das Volk würde dann die Haltung der Regierung nicht verstehen können. — Abg. Schiffer bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag, der von großen Vermögen Abgaben in einer Höhe erheben will, die dann selbst ein Vermögen darstellen. So zu verfahren, bedeutete aber die Vermögenskonfiskation, und dagegen müsse energig Front gemacht werden. — Genosse Wurm antwortete dem Abg. Schiffer, jede Steuer bedeutet eine Art Vermögenskonfiskation. Wenn die Rüstung wirklich der Erhaltung des Friedens dienen, wie immer behauptet wird, so haben die schwerreichen Leute einen besonderen Vorteil von dieser angeblichen Friedensversicherung und müssen dementsprechend auch zahlen. — Schatzsekretär Kühn betonte, das Maß des Interesses, das jemand an der Erhaltung des Friedens hat, darf niemals für die steuerliche Veranlagung und Belastung maßgebend sein. Die Arbeiter haben auch ein großes Interesse am Frieden, sie werden aber nicht zum Wehrbeitrag herangezogen. — Diesen Darlegungen des Schatzsekretärs gegenüber machten unsere Genossen auf den

folgenden Satz zur Begründung des Wehrbeitrags im Entwurf aufmerksam: „In der Erhaltung des Friedens, dem die Verstärkung der Wehrmacht des Reiches dienen soll, sind die großen Erwerbseinkommen besonders interessiert.“ Mit der heutigen Erklärung des Schatzsekretärs stehe dieser Satz in großem Widerspruch.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dagegen wurden die höheren Sätze bei den großen Vermögen nach dem vorkriegsrechtlichen Antrag angenommen. Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Personen mit einem Vermögen bis 50.000 Mark, deren Jahreseinkommen 3000 Mark nicht übersteigt, vom Wehrbeitrag befreit sind. Im übrigen wurde dem Antrag des Grafen Westarp zugestimmt. Die weiteren Abstimmungen wurden auf Freitag vertagt.

13. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

Frankfurt a. M., 30. Mai.

Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgruppen Deutschlands hielt vom 1. bis 5. Juni im hiesigen Gewerkschaftshaus seine 13. ordentliche Generalversammlung ab.

In dem Geschäftsbericht des Vorstandes, der die drei letzten Jahre umfaßt, wird konstatiert, daß die verflochtenen drei Jahre für den Verband in jeder Beziehung außerordentlich erfolgreich waren, sowohl in der Vergrößerung der Mitgliederzahl, als auch in den Erfolgen bei den Lohnkämpfen und auch in der finanziellen Entwicklung der Organisation. Es heißt darin: „Was wir noch vor einem Jahrzehnt für fast unmöglich hielten, das ist erreicht worden: Mehr als 30.000 Mitglieder umfassen wir am Schluß der Geschäftsperiode! Diese erfreuliche Aufwärtsbewegung zeigt sich nicht nur in den Bäckereien, sondern auch in den Lebkuchen-, Kates-, Zwiback-, Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken hat die Organisation tüchtige Fortschritte aufzuweisen; lediglich in den reinen Konditoreien (Konditorei-Kleingewerbe) haben unsere Erfolge nicht Schritt gehalten mit dem Wachstum der Mitgliederzahl der Organisation im allgemeinen.“

Die Zahl der Mitglieder

stieg in der Geschäftsperiode um rund 10.000: von 20.350 am Schluß des Jahres 1909 auf 30.061 Ende 1912. Den Fortschritt des Verbandes kann man erst richtig erkennen, wenn man berücksichtigt, daß er vor neun Jahren, Ende 1903, erst 6922 Mitglieder zählte. Der Aufschwung ist also geradezu glänzend. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder vergrößerte sich ständig. Unter den 30.061 befanden sich 1909 weibliche Mitglieder; 1909 waren es erst 3061.

In erfolgreichen Lohnkämpfen

war die Berichtsperiode außerordentlich reich. Dies ist ja nicht verwunderlich, denn die Geschäftsperiode stand von Anfang an im Zeichen aufsteigender Wirtschaftsjunktur. Solche Zeiten müssen die Verbandsmitglieder ausnützen, um nachzuholen, was sie leider in früheren Jahren wegen der damals noch schwachen Berufsorganisation versäumt haben. Das gilt in noch höherem Maße für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Sonntagsbrot-, Waffel- und Kates-, sowie in der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie, als für die Arbeiter in den Bäckereien. Ein weiterer Ansporn zu diesen zahlreichen Lohnkämpfen war die enorme Steigerung der Preise aller Lebensmittel, die die Kollegen und Kolleginnen geradezu aufreißend machte, nun alles daran zu setzen, einigermaßen den Ausgleich in ihrer Lebenshaltung dadurch herbeizuführen, daß sie verstanden, ihre so schon kümmerlichen Löhne durch die Lohnkämpfe etwas zu verbessern und auskömmlicher zu gestalten. Die meisten und umfangreichsten Lohnkämpfe hatte das Jahr 1911 aufzuweisen, denn in dieses Jahr fielen die großen und erfolgreichen Streiks der Bäcker und Konditoren in Berlin und Hamburg, desgleichen der Streik in den Schokoladenfabriken von Dresden und Umgebung.

Die Organisation hat in der Geschäftsperiode mehr und mehr Anerkennung bei den Kleinmeistern des Bäckerei- und Konditorei-gewerbes, wie bei den Brotfabriken und ebenso auch bei den Fabrikanten der Lebkuchen-, Kates- und Waffel-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie zu erringen gewußt. Obgleich deren Organisationen noch auf allen ihren

Scharfmacherlagungen gegen die Forderungen des Bäckerverbandes und gegen den Abschluß von Tarifverträgen Sturm gebieten haben, mehrte sich zusehends die Zahl der Arbeitgeberkorporationen und auch die Zahl der einzelnen Arbeitgeber, die es im Kampfe nicht erst auf eine Kraftprobe mit der Organisation ankommen lassen wollten, sondern es vorzogen, sich zu verständigen und Tarife über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit ihr abzuschließen.

Insgesamt fanden in der Geschäftsperiode statt: 328 Lohnkämpfe und Streiks, die sich auf 520 Orte mit 12.357 Beteiligten erstreckten. In diesen Betrieben waren 39.069 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, von denen 31.897 an den Lohnkämpfen direkt beteiligt waren. Von den 328 Lohnkämpfen endigten 271 ohne Arbeitsniederlegung, also als friedliche Lohnbewegungen. Diese erstreckten sich auf 263 Orte mit 5776 Betrieben und 20.766 Beschäftigten, von denen an drei friedlichen Lohnkämpfen 16.113 Arbeiter und Arbeiterinnen direkt beteiligt waren. In 57 Fällen kam es zum Angriffstreik, Abwehrtreik oder zur Aussperrung unserer Kollegen und Kolleginnen. Es wurden mit den Unternehmern resp. mit deren Korporationen 235 Tarife für 17.109 Beteiligte abgeschlossen, davon 204 Tarife bei den friedlichen Lohnbewegungen und 31 Tarife bei Streiks.

Die Erfolge der Lohnbewegungen infolge der Streiks und Aussperrung waren: Für 14.012 Beteiligte wurde eine

wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 69 091 Stunden

oder für den einzelnen Beteiligten von durchschnittlich 4,93 Stunden errungen. Für 25.606 Beteiligte wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung von 43.155 Mark oder für den einzelnen Beteiligten von 1,69 Mark errungen. Lohnaufschlag für Leberstunden oder überhaupt erst die Bezahlung der Leberstunden wurde für 23.258 an den Lohnkämpfen Beteiligte errungen, desgleichen für 7198 Beteiligte höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit. Beseitigung von Kost und Logis beim Arbeitgeber oder nur die Vereinerung der Kost oder die Erringung von Ferien wurden für 17.046 an den Kämpfen Beteiligte erreicht.

Das sind Erfolge, die zu weiterem tüchtigen Streben für die Vergrößerung der Organisationen und die durch solche Stärkung möglich werden weiteren erfolgreichen Lohnkämpfe anspornen müssen.

Nach dem Kassenbericht

war es dem Verband möglich, das Vermögen des Verbandes in den drei Jahren nahezu zu verdoppeln. Es betrug am 1. Januar 1910 214.210 Mark, Ende 1912 aber 410.852 Mark. Die Einnahmen betragen 1.919.725 Mark, die Ausgaben 1.723.082 Mark, der Ueberschuß also 196.642 Mark, davon entfallen 28.731 Mark auf die Lokalkassen. Die Ausgaben für Unterhaltung und Unterhalt sind stark in die Höhe gegangen. Die Arbeitslosenunterstützung der Mitglieder gerechnet ist im Jahre 1911 etwas gesunken, dagegen 1912 wieder in die Höhe gegangen; die Krankenunterstützung war 1910 höher als im Jahre 1912 und fiel 1911 wieder etwas. Die Krankenunterstützung ist von Jahr zu Jahr gestiegen, im letzten Jahre ganz bedeutend. Insgesamt wurden für diese drei Unterstützungsarten verausgabt 458.145 Mark für 426.578 Tage; davon entfallen auf Arbeitslosenunterstützung 260.258 Mark für 231.897 Tage, auf Krankenunterstützung 178.124 Mark für 18.067 Tage und auf Krankenunterstützung 178.124 Mark für 178.591 Tage. Die Zahl der Arbeitslosen-Unterstützungstage ist gegen die Periode 1907 bis 1909 um 65.000 Tage gestiegen, die Zahl der Krankentage hat sich mehr als verdoppelt. Das Sterbepflicht ist von 1910 auf 1911 um die Hälfte gestiegen, im Jahre 1912 gleich geblieben. Für Streiks im Jahre 1911 wurde viermal mehr verausgabt als in den zwei vorhergehenden Jahren und dem darauf folgenden Jahre; insgesamt 233.008 Mark. Für Streiks an andere Verbände wurde im letzten Jahre die gleiche Summe ausbezahlt als in den beiden früheren Jahren zusammen, nämlich 69.744 Mark.

So haben sich die Kassenverhältnisse des Verbandes ebenso günstig entwickelt wie die Mitgliederbewegung. Hoffen wir, daß die Beschlüsse des Verbandstages dazu beitragen, die Fortwickelung der Organisation noch zu beschleunigen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Waldenburg, 6. Juni. Ein Musterpolizist. Rechtsförmige Vorkommnisse auf der Waldenburger Polizeiwache wurden vor der Waldenburger Strafkammer aufgeführt. Wegen

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück.

Zwischen Nowobielitzka und Ziabrowka auf der Strecke Gornel-Eibau (Rußland) stießen Donnerstag nacht 16 beladene Wagen eines Güterzuges, die sich losgerissen hatten, mit einem Schnellzug zusammen. Acht Güterwagen sowie eine Lokomotive, ein Gepäckwagen und ein Personenwagen des Schnellzuges wurden zertrümmert. Vier Passagiere wurden schwer, 56 leicht verletzt.

Der Sichtenberger Mörder ein Familius Wendstern. Ueber das Vorleben Weissenborns wird der „Pöhlischen Zeitung“ geschrieben: Weissenborn ist schon im Jahre 1908, während der Wahlzeit, im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis, auf dessen Eroberung durch den ordentlichen Universitätsprofessor v. Wendstern-Dreslau die Konservativen die größten Hoffnungen gesetzt hatten, als konservativer Agitator aufgetreten und erschien fast regelmäßig neben Wendstern, dem „geistigen Arbeiter“, v. d. Weissenberg-Schirp und dem christlich-sozialen Arbeiter Reichardt als besonders applaudierter konservativer Propagandist auf der Rednerliste der konservativen Versammlungen.

Eine Schreckenszene beim englischen Derby. Bei dem großen Derbyrennen in Epsom spielte sich am Mittwoch ein tragischer Vorfall unmittelbar unter den Augen des Königs ab. In dem Augenblick, wo das Rennpferd des Königs eine Ecke nahm, stürzte eine weibliche Person aus der Zuschauerreihe hervor und warf sich dem dahineilenden Pferde in die Fügel. Das Tier stürzte infolgedessen zu Boden und begrub den Jockey und die Angreiferin unter seine zuckenden Glieder. Während der Jockey noch lebend jedoch mit schweren Verletzungen hervorgeholt werden konnte, wird vielleicht die Frau ihr mahnrühiges Unternehmen mit dem Tode zu büßen haben. Jedenfalls ist sie sehr schwer verletzt. Man nimmt allgemein an, daß es sich hier um ein neues Agitationsmittel der Suffragetten handelt, die die Aufmerksamkeit des Königs auf sich lenken wollten. Der Vorfall rief große Erregung unter den Anwesenden hervor und auch der König schien aufs höchste betroffen

zu sein, wenn Arbeiter sich solche Ausschreitungen zuschulden kommen ließen!

Von der Großmutter lebendig begraben. In dem kleinen Orte Wendisch-Rick (Mark Brandenburg) hat am Donnerstag vormittag die 60 Jahre alte Frau Richter das vierjährige Töchterchen ihres Sohnes am Walde lebendig begraben. Der Koffizier Freitag entdeckte das Kind in der Sandgrube. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Mörderin war nach der Tat geflüchtet, wurde aber nachmittags um 2 Uhr durch einen Gendarmen verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis zu Storkow eingeliefert. Vermutlich wird die alte Frau aber in eine Irrenanstalt untergebracht werden, da sie schon lange als geisteskrank galt. Was man das unglückliche Kind auffand, war es bis über die Hüften in die Erde versenkt und mit dem Kopf nach unten in den Sand gedrückt, so daß es ersticken mußte.

Die erzieherische Wirkung des Krieges. Der Reserveoffizier Alexander Anastasi Jewitsch, der in sein Kommando zurückberufen wurde, besuchte in Belgrad vor seinem Abgang zur Truppe mehrere Gasthäuser, betrank sich und schob auf der Straße mit seinem Gewehr auf die Passanten. Zwei Gendarme eilten herbei, er legte auf sie an und streckte einen von ihnen, Militschew durch einen Schuß ins Herz nieder. Schließlich gelang es mit großer Mühe, ihn zu überwältigen und der Militärbehörde auszuliefern.

Durch Blitzschlag getötet. Während eines am Mittwoch in Ruffeln niedergegangenen schweren Gewitters schlug der Blitz in einen Baum, unter welchem sich mehrere Bauern gesammelt hatten, ein. Zwei Bauern wurden sofort getötet, mehrere schwer verletzt.

In Gutscheid (Reg.-Bez. Eriev) wurde die Witwe Hoffmann mit ihren beiden Kindern bei der Feldarbeit vom Blitze getroffen. Die Kinder erholten sich wieder, die Mutter ist tot.

Gerüst-Zusammensturz. Auf dem Gelände der englischen Gasanstalt in der Gustav-Adolfstraße in Weissenberg stürzte gestern nachmittag ein Gerüst zusammen. Der Arbeiter Krapf erlitt einen schweren Schädelbruch dabei und war sofort tot. Die Arbeiter Witzsch, Siezemann und Meißner erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen und mußten sofort nach dem Krankenhaus überführt werden. Die Leiche des Schlossers Krapf, der aus Wangitz erst vor kurzer Zeit hierher zugewandert war, wurde nach der Leichenhalle Weissenbergs überführt.

Körperverletzung in zwei selbständigen Handlungen hatte sich der
Polizist Bahn zu verantworten.

Die Vernehmungsergebnisse ergaben folgenden Sachverhalt:

Am 17. November v. Jg. verhaftete S. den Grubenarbeiter
Gottlieb Granke aus Wittwitzer, weil er einen Hund ohne Maul-
korb an der Leine mit sich führte. S. gibt an, als er auf dem
Korridor der Wache angelangt war, sei ihm der Hund von S.
heruntergeschlagen worden. Ferner habe er von dem
Polizist Granke drei bis vier Schläge mit der ge-
ballten Faust ins linke Auge erhalten, aus welchem
Anlass er eine Woche arbeitsunfähig war.

Der zweite Fall spielte sich am 14. Januar d. Jg. ab. An
demselben Tage kam gegen 3 Uhr morgens der Musiker Leo
Fischer mit einigen Kollegen aus dem „Wiener Cafe“. Da es
einen ziemlichen Schnee gemacht hatte, sagte F. in etwas lau-
tem, humorvollen Tone, er möchte einen Schlitten. Auf dieses
kam der Polizist Granke S. und packte ihn am Kragen, würgte
ihn und drohte ihm mit der Verhaftung. Auf die Frage des
F., was er denn von ihm wolle, forderte er ihn auf, mit auf
die Wache zu gehen. Ohne Widerpruch ging F. mit, ge-
folgt von seinen Kollegen. Die Gartenstraße entlang ging alles
ruhig, bis die beiden hinter dem eisernen Tor, welches zur
Wache führt, waren. Hier wurde F. von S. erst gefesselt
und zwar wurde ihm die Schloßkette so fest angezogen,
daß die Sandalen an den Füßen blühten und er noch jetzt
Spuren davon dem Gerichtshofe vorzeigen konnte. Auch wurde
er noch von S. mit der Hand ins Gesicht geschla-
gen, daß ihm Mund und Nase bluteten. Dieses
wurde auch von den beiden Polizeibeamten Sperling und Oester-
reich vor Gericht bekundet. Nach den Aussagen der Zeugen und
des Sachverständigen hielt der Staatsanwalt den Angeklagten
der vorsätzlichen Körperverletzung in zwei Fäl-
len für schuldig und beantragte eine Gesamtstrafe von
zwei Monaten Gefängnis. Sein Verteidiger,
Rechtsanwalt Walther, hielt jedoch die Körperverletzung
für nicht so schwerwiegend, daß eine Gesamtstrafe dar-
auf folge, vielmehr, auf eine Geldstrafe zu erkennen. Falls
sich aber das Gericht nicht dazu entschließen könne, bittet er die
Sache zu verlagern zwecks Labung des ersten Bürgermeisters Dr.
Grömann von Waldenburg, der ihm gegenüber bekundet habe,
daß S. ein tüchtiger, pünktlicher Beamter sei.
Der Angeklagte selbst bittet um seine Freilassung, da die
Zeugen ganz anders ausgesagt hätten, als es der Wahrheit ent-
spricht.

Der Gerichtshof konnte aber auch zu keiner anderen Ueber-
zeugung kommen und verurteilte ihn unter Aufhebung der Kosten
zu der bereits erwähnten Strafe.

Reichenbach u. d. Gule, 6. Juni. Selbstmord. Vom
Zuge überfahren wurde in der Nacht zum Mittwoch der Eisen-
träger P. in L. von hier in der Nähe des Bahnhofs Reichen-
bach-Niederstadt. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Schlimmlich
hinterließ eine Frau und fünf Kinder.

Reichenbach, 6. Juni. Selbstmord aus Furcht.
In der Hofkammer des Gutbesizers Krautstrut erhängt auf-
gefunden wurde der 67 Jahre alte Weber Winkler, der bei
Krautstrut wohnhaft war. Die Kleider Winklers waren durch
und durch naß, so daß man annimmt, daß er vorher den Ver-
such, sich zu ertränken, gemacht hat. Winkler war als Zeuge vor
Gericht geladen und dürfte die unglückselige Tat aus Furcht vor
dem Termin begangen haben.

**Reichenbach, 6. Juni. Betriebsstörung durch
Blitzschlag.** Infolge Blitzschlages in die elektrische Leitung
mußte der Betrieb in den hiesigen größeren Fabriken am Don-
nerstag ruhen. Mehrere tausend Arbeiter mußten deshalb un-
freiwillig feiern.

Jolten, 6. Juni. Schwere Gewitter. Nach voraus-
gegangener drückender Hitze gingen wiederholt schwere Gewitter
über die hiesige Gegend nieder. In Dnalkau wurde ein
Schulmädchen vom Blitz getroffen. konnte sich jedoch wieder er-
holen. In Rogau wurde die vom Felde zurückkehrende
Dominialarbeiterin Schärer durch Blitzschlag auf der Stelle
getötet, während eine andere Arbeiterin gleichzeitig an den
Beinen gelähmt wurde.

Guhrau, 6. Juni. Blitzschlag in eine Kirche. Am
Dienstag gegen Abend traf ein Blitzstrahl die sehr alte katholische
Kirche in Schabena u. Der Blitz zündete nicht, richtete aber
im Innern der Kirche mehrfachen Schaden an.

Thyernfurt, 250jähriges Stadtjubiläum.
Die Stadt Thyernfurt im Regierungsbezirk Breslau besteht
250 Jahre. Das Jubiläum wird demnächst gefeiert werden.
1663 erhob Kaiser Leopold I das Gut Orzeg zur Stadt und gab
ihm den Namen Thyernfurt. Der Ort zählte bei der letzten
Völkzählung 1266 Einwohner, hat ein Postamt, eine evangelische
Kirche, eine Synagoge nebst sehr altem, interessanten, jüdischen
Friedhof, ein Schloß und ein Kloster. In d. bestand einst eine
bedeutende, jüdische Gemeinde.

**Olagen, 4. Juni. Eine neue Turnhalle für die
Volksschulen in ihrer Bestimmung übergeben worden.**
Damit ist einem Bedürfnis abgeholfen, der jahrelangen Unzu-
tuglichkeiten abhilft. Offenlich bringt die Zukunft auch den
Arbeitsverändern mehr Lust und Licht in den bescheidenen Schul-
häusern.

Landeshut, 6. Juni. Wadeunglück. Auf betrübende
Weise endete am Montag gegen Abend ein junges Menschenleben.
Der die hiesige landwirtschaftliche Schule behuchende 17jährige
einzige Sohn des Schullehrers Herrmann in Boigtendorf
ist beim Baden in der Nähe der Strauchmühle in Oberleber
vom Tode ereilt worden. Da der junge Mann sich den Tag
über unwohl gefühlt hatte und deshalb ein erfrischendes Bad
nehmen wollte, liegt die Vermutung nahe, daß er einem Herz-
schlage erlegen ist.

Sankor, 6. Juni. Ertrunken. Gestern in der Mittag-
pause nahmen zwei auf dem Dominium Lodenberg in der Nähe
der Ober beschliffte etwa 16jährige Burschen ein Erfrischung-
bad. Beide kehrten nicht mehr zur Arbeit zurück. Als nach
ihnen gesucht wurde, fand man die Kleider am Ufer der Ober-
Die Leichen konnten jedoch bis zum Abend noch nicht gefunden
werden.

Bunglau, 6. Juni. Auch ein Jubiläumsgeschenk.
Nach Schluß der Landtagswahl versammelten sich die reaktionären
Wahlmänner zu einem gemeinsamen „Siegemahl“, wobei der
Landrat Hoffmann folgende Ansprache hielt:

„Wiederum ist es den vereinigten Kreisen Bunglau und
Löwenberg gelungen, zwei treue Diener unseres Königs,
Männer von echt preussischem Geist, in die zweite
Kammer zu entsenden. Wir glauben, hiermit unserm Aller-
gnädigsten Herrn das beste Jubiläumsgeschenk darge-
bracht zu haben.“

Auf Grund des erbärmlichen Dreiklassenwahlrechts sind
solche Jubiläumsgeschenke in Gestalt der Männer von echt
preussischem Geist (lies: Reaktionäre) natürlich billiger wie
Prombeeren.

Neisse, 6. Juni. Ausgerückt. Der Partikulier Trau-
gott Weikert von hier wurde am 3. Juni von der Straf-
kammer in Glatz wegen Untreue und Betrug zu 1 Jahr Gefäng-
nis unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungsfrist und zu
2 Jahren Ehrverlust verurteilt. Bei der Ueberführung in das
Gefängnis rief Weikert dem Gefangenenaufseher aus und
schloß in die Felle, wo seine Spur verloren ging.

Trebnitz, 6. Juni. Vom Gewerkschaftskartell.
Am Mittwoch hielt das hiesige Kartell seine stübliche Monats-
sitzung ab, in der die Abrechnung von der Matseier bekannt gegeben wurde.
Zur Deckung des hierbei entstandenen Defizits von 35,29 Mark,
sollen die Gewerkschaften pro Mitglied 10 Pfg. beitragen. Die
von Gerossen Goy gesammelten Bücher sollen dem Kartell zur
Gründung einer Bibliothek übergeben werden. Großen Unwillen
erregt das Vorgehen der hiesigen Steinleher, die von anders
beruflich organisierten Arbeitern, die gegenwärtig mit ihnen
arbeiten, noch für ihre Klasse Sozialbeiträge erheben, sich aber
weigern, dem Kartell anzuschließen. Zum Schluß ermahnte der
Vorstand die Delegierten, nächstens pünktlicher und vollständiger
zu erscheinen. Es fehlten von den Zimmerern Thun und
Ratsch, Köpfer Meißner und Holzarbeiter Linig.

**Di. Krone, 6. Juni. Beim Mittagessen vom
Blitz erschlagen.** In Klausdorf ist ein Hühnerjunge, der in
der Küche beim Mittagessen saß, von einem Blitzstrahl getroffen
und getötet worden. Ein zweites Hühnerjunge, der mit an dem
Tische saß, wurde betäubt und erholte sich bald wieder.
Ferner schlug der Blitz in einen Leutenstall des herrschaftlichen
Gutes und tötete ein Schwein und zwei Ziegen der Arbeiterin
Witwe Gult. Ein weiteres Schwein und die Mutterziege blieben
unverletzt. — In Groß-Jachazin fuhr ein Blitzstrahl in
eine weibende Schafherde und tötete 26 Schafe. Der
Hirt, welcher in der Nähe stand, kam mit dem bloßen Schrecken
davon.

Aus Oberschlesien.

**Beuthen OS., 5. Juni. Die Schnapsflasche im
Gerichtssaal.** Während einer Verhandlung vor der fünften
Strafkammer hatte der als Zeuge vorgeladene Invalide Paw-
lowski aus Friedenshütte, der bereits vernommen war und
seinen Platz auf der Zeugenbank eingenommen hatte, in einem
Augenblick, wo er sich vom Gerichtstisch aus unbeobachtet glaubte,
aus seiner inneren Rocktasche eine Flasche herausgeholt, welche
noch einen Rest von Weingeist mit Himbeersaft enthielt, und
einen kräftigen Schluck daraus genommen. Der Vorsitzende
hatte diesen Vorgang jedoch bemerkt und ließ den Mann vor-
kommen. Dieser erklärte, er sei frühmorgens um 6 Uhr aus
der Schicht gekommen, habe nicht gegessen und noch sonst
Speise zu sich genommen und müßte deshalb zur
Erstärkung von Zeit zu Zeit einen Schluck tun; er könnte nicht
darauf verzichten. — Der Mann war für 11 1/2 Uhr geladen,
und es war mittlerweile 2 Uhr geworden. — Das Gericht er-
blickte in dem Verhalten des Zeugen eine grobe Ungebühr und
bistrierte ihm deshalb eine Haftstrafe von einem Tage zu, die er
sogar antreten mußte. Der Beurteilte hätte sich ebenso gut zur
Stellung seines Hungers ein Stück Wurst oder Brot kaufen
können. Trotzdem hätte das Gericht mit Rücksicht auf die Be-
gleitstände es hier bei einem Verweise bewenden lassen können.
A. hätte sich die sofort zu vollstreckende einjährige Haftstrafe auch
sicher erpart, wenn er nicht einige Stunden auf der Beginn
der Verhandlung, wie das leider so oft der Fall ist, warten
mußte.

Beuthen, 6. Juni. Tölich verkaufene Schlägerei.
Im Grubenschlafhaus der Antonienhütte, in dem eine große
Anzahl Arbeiter untergebracht ist, entstand aus geringfügiger
Ursache eine große Schlägerei, in der das Messer die Haupt-
rolle spielte. Ein Arbeiter wurde erstochen, mehrere
andere erlitten schwere Verletzungen. — Solche
Schlägereien in den Schlafhäusern sind absolut keine Selt-
heiten.

Beuthen OS., 6. Juni. Straßenbahnbau. Seit
vielen Jahren kämpft nicht nur die Stadt Beuthen,
sondern auch die beiden großen Industriegemeinden Karz und
Miechowitz um eine Bahnverbindung mit Beuthen. Vor etwa
Jahresfrist waren die Schwierigkeiten, die im besonderen die
Industriemagnaten machten, überwunden und in heller Tönen
wurde verkündet, daß im Mai 1918 die kaum 6 Kilometer lange
Strecke fertig sein werde. Der verstorbene Stadtverordnete
Justizrat Freudenberg sagte damals, daß man nicht so viel Fest-
reden halten und ein großes Geschrei, sondern mit dem Bahnbau
beginnen solle. Das geschah denn auch. Als aber wenige Monate
später Justizrat Freudenberg starb, ging es mit dem Bau nicht
mehr vorwärts. In der Bürgerchaft war ganz allgemein die
Ansicht verbreitet, daß der Bahnbau deshalb nicht vom Flecke
kommt, weil niemand da ist, der dem Magistrat beibringt, daß
der Unternehmer an seine Verpflichtungen erinnert wird. Der
1. Mai, an dem die Bahn eröffnet werden sollte, ist lange vorbei
und es wird voraussichtlich noch ein 1. Mai vorüberziehen, an
dem die Bahn immer noch nicht fertig sein wird. Hoffentlich
findet sich auch in Beuthen wieder ein Mann, der die Rolle des
verstorbenen Dr. Freudenberg übernimmt, damit in allen Bahnen
ein bißchen mehr Leben hineinkommt. Jetzt sieht die Sache so
aus, als ob alles einschlafen sollte.

**Wismarhütte, 6. Juni. Gefahren der Arbeit-
Verunglückt ist vorgestern mittag im Hammerwerk der Wismar-
hütte der Bergarbeiter Scharek. Denselben drang bei der
Arbeit ein großer Eisenplättchen in die Brust, der das
Herz verletzte. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Ver-
dauernsmerke, der im besten Mannesalter stand, war verheiratet
und hinterließ fünf unmündige Kinder.**

Gleiwitz, 6. Juni. Sozialdemokratischer Verein.
In einer gut besuchten Mitgliederversammlung, die am Dienstag
im Gewerkschaftslokal tagte, sprach Genosse U. in der Sch-Katow-
witz über „die politische Lage im Reiche“. Der interessante Vor-
trag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Punkt 2 der
Tagesordnung war die Reichstagskandidatenfrage. Der Vor-
sitzende legte klar, daß der bisherige Kandidat Genosse Timm
leider von Obereschleien verjogen sei, und daß man sich um eine
andere geeignete Kraft umgesehen habe. Der Vorsitzende empfiehlt
den Arbeitervereinigten Genossen Richard U. in der Sch-Katow-
witz als Reichstagskandidaten. Diefem Vorschlag wurde einstimmig
ohne jede Debatte zugestimmt. Nachdem als Delegierte zum
diesjährigen Bezirksparteitag die Genossen Eisenberg und Gott-
wald gewählt und mehrere interne Angelegenheiten erledigt
waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Katowitz, 6. Juni. Spionagesieber. Die Firma
Lubinus Stein & Co. aus Katowitz hatte in Czestochau
im dortigen jüdischen Krankenhaus eine Heizungsanlage zu
montieren. Diese war bereits so weit fertiggestellt, daß die Ab-
nahme erfolgen sollte. Auf einmal erschienen ohne Ursache Be-
amte der russischen politischen Polizei in der Wohnung der
Monteure, die in einem Privatlogis wohnen, und ver-
hafteten beide, ohne ihnen die Gründe anzugeben.
Sie wurden sofort nach dem Militärgefängnis transportiert, wo
sie sich noch heute befinden. Die Verhafteten heißen Heinrich
Baranek und Emil Lamla, beide in Katowitz wohnhaft.
In demselben Tage wurde ein Verwandter des Lamla,
der aus Warschau nach Czestochau gekommen ist, um
ihn hier zu besuchen, ebenfalls in der Wohnung ver-
haftet. Die von der Polizei beschlagnahmten Zeichnungen,
die angeblich zu Spionagezwecken dienen sollten, sind
jedoch weiter nichts als Zeichnungen, die die Heizungs-
anlage des bereits fertiggestellten Krankenhauses betreffen.
Einen Tag vor der Verhaftung wurden Baranek und Lamla von
einem Beamten des dortigen Magistrats gewarnt und ihnen mit-
geteilt, daß sie demnächst durch die politische Polizei verhaftet
werden. Sie legten doch diesen Mitteilungen keinen großen Wert
bei, da sie sich keines Vergehens bewußt waren. Trotzdem beide
Personen bereits annähernd 14 Tage in Haft sind, wurden sie
von den russischen Behörden noch kein einziges Mal vernommen
und ihnen auf ihre Anfragen auch nicht der Grund ihrer Ver-
haftung mitgeteilt.

Aus der Geschäftswelt.

Vorbereitungen.

Die Wanderzeit steht vor der Tür:
Freund, darf ich darum raten dir:
Nimm stets von Maggi mit in deiner Tasche
Die Suppen, Bouillonwürfel und die Flasche,
Damit dir Hunger nicht, noch fade Speisen
Die Freuden stören auf den Reisen.

Henkel's Bleich-Soda
Für Wäsche und Hausputz unentbehrlich
Henkel & Co. Düsseldorf
Seit 38 Jahren im Gebrauch und bestbewährt!

Pilo
Wir Sachverständigen erklären alle:
Pilo ist die beste Substanz.
Anzeige-Ausverkauf

Verkauf
Anzeige-Ausverkauf

Arbeitskleider
Anzeige-Ausverkauf

**Frei- und Gehrock-
Anzüge sowie Klapp-
Anzüge**
Anzeige-Ausverkauf

Breslauer Fahrradhaus
Georg Hahn, Friedr.-Wilhelmstr. 70.
Corona, Panther und Robur
Anzeige-Ausverkauf

**Freie Fahrt
zur Jahrhundert-Ausstellung**
Anzeige-Ausverkauf